

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von E. Pfannkuch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Salsb. 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 zzt. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die sechs-spaltige Zeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Restameteil Zeile 30 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 930

Nr. 128.

Magdeburg, Mittwoch den 6. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Berufsparlamentarier.

Bei denjenigen, welche im bürgerlichen Parlamentarismus der Staatsweisheit letzten Schluß und des Volkes höchste Zuflucht erblicken, hat die Gewährung der Diäten, der so lange und so heiß ersehnten, eine neue schwere Sorge ausgelöst. Das „Berliner Tageblatt“ gibt ihr herabredend Ausdruck. Es befürchtet, daß „die Anwesenheitsgelder zur Züchtung von Berufsparlamentariern“ beitragen werden. Selbstverständlich ist diese Sorge ganz berechtigt. Und wenn sie uns Sozialdemokraten kühl bis ans Herz hinan läßt, so nur deshalb, weil wir den Zweifelsfall, in den der bürgerliche Parlamentarismus nunmehr auch in Deutschland geraten ist, längst vorausgesehen haben, weil wir ihn längst als unlösbar erkannt haben, und weil es überdies nicht unsere Sache ist, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man ihm entgegen könne.

Die Sache ist ganz einfach diese: wenn der Reichstag wirksam und machtvoll arbeiten, wenn er der Regierung gegenüber Einfluß und Bedeutung haben soll, so ist unumgänglich notwendig, daß wenigstens ein großer Teil seiner Mitglieder in alle die Fragen der Gesetzgebung, zu deren Entscheidung sie berufen sind, gründlich eindringen. Der Gesetzgeber, der mehr sein will, als bloßes Stimmvieh, muß mit außerordentlich gründlichen theoretischen wie praktischen Kenntnissen über alle Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen Lebens ausgerüstet und außerdem imstande sein, sich über jede neu auftauchende Frage fortlaufend zu informieren und ein eignes, sachgemäßes Urteil zu bilden. Es liegt auf der Hand, daß dies im Nebenamt niemand tun kann. Das „Berliner Tageblatt“ hat ganz recht, wenn es schreibt: „Wer es mit seinem Reichstagsmandat ernst nimmt, der hat dann auch gerade genug zu tun.“ Denn das so ererbte Wissen, sowohl das allgemeine wie das über Einzelfälle, soll ja auch unmittelbar praktisch angewandt werden, was ebenfalls wieder eine ganze Menge von Zeit und Arbeit erfordert.

Durch die Natur der Sache also wird die Ausübung eines parlamentarischen Mandats (denn das Gesagte trifft auch auf alle andern Parlamente zu, sogar die Arbeit der Stadtverordneten wächst sich immer bedrohlicher aus) zu einem eignen Beruf. Das steht aber mit dem Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus in einem inneren Widerspruch. Das konstitutionelle Regime ist ja geschaffen worden zu dem Zweck, daß Volk selbst zur Teilnahme an der Gesetzgebung und zu ihrer Kontrolle heranzuziehen. Wenn aber jemand von Berufs wegen Abgeordneter ist, und wenn er gar seinen Lebensunterhalt dadurch gewinnt, so ist er ja auch nichts weiter als ein etwas anders gestellter Beamter. Und somit kommen wir zu folgendem Zweifelsfall: wer ein tüchtiger Abgeordneter sein will, ist so in Anspruch genommen, daß ihm nicht genügend Zeit bleibt, einem andern Beruf intensiv genug nachzugehen, um daraus seinen Lebensunterhalt zu gewinnen. Witherin muß man entweder nur solche Leute zu Abgeordneten wählen, die gerade Zeit genug haben, oder man muß die Abgeordneten auskömmlich bezahlen. Im ersteren Fall ist man auf Leute angewiesen die nicht im praktischen Leben stehen, im letzteren Fall werden sie aus dem praktischen Leben herausgerissen. Beides widerspricht dem eigentlichen Zweck des Parlaments, das ja gerade den Einfluß der im praktischen Leben stehenden auf die Gesetzgebung sichern will. Mit Berufsparlamentariern wird dieser Zweck nicht erreicht, ohne Berufsparlamentarier aber auch nicht, weil niemand, der einen andern Beruf ausübt, imstande ist, die Fülle der täglich noch machenden gesetzgeberischen Arbeit zu bewältigen. In der Praxis kommt das in der Form zum Ausdruck, daß ohne Diäten keine genügende Anzahl von Abgeordneten zu finden ist, die das Mandat wirklich ausüben. Sobald aber Diäten eingeführt sind, taucht das Gespenst der Berufsparlamentarier auf. Wie sollte es auch anders sein? In der Wählerchaft wie im Reichstage selbst wird man von jetzt ab den Grundsatz aufstellen: da Diäten bezahlt werden, haben die Abgeordneten ständig anwesend zu sein und sich der parlamentarischen Arbeit intensiv zu widmen. Das kann aber niemand, der daneben noch einen wirklichen Beruf ausübt. Folglich werden sich die Abgeordneten in Wäldern vor die Notwendigkeit gestellt sehen, zwischen ihrem sonstigen Beruf und der Reichstagsaktivität zu wählen. Wer auch fernerhin von den sieben Monaten der Reichstagszeit nur einen bis zwei in Berlin ist, wird nicht wieder gewählt werden. Wer aber die sieben Monate treu im Reichstage zubringt, muß seinen andern Beruf fahren lassen.

Daran gibt's nichts zu rütteln. Bei dem Lauf, den die Dinge nun genommen haben, muß sich das Bürgerturn mit dem Gedanken vertraut machen, daß in einigen Jahren der Reichstag im wesentlichen nur noch aus Berufsparlamentariern zusammengesetzt sein wird. Natürlich wird man

bis dahin schon entdeckt haben, daß ein Gesetzgeber — besonders wenn er seinen ständigen Wohnsitz nicht in Berlin hat — von 3000 Mark nicht leben kann, und man wird die Diäten entsprechend erhöhen. Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Erhalten doch in Frankreich die Abgeordneten 9000 Frank jährlich.

Dann aber entsteht sofort eine weitere Gefahr. Ist das Abgeordnetersein einmal als Beruf sozusagen konsolidiert und wird es entsprechend bezahlt — denn die jetzigen 3000 Mark reichen ja knapp zur Bestreitung des besondern Aufwandes hin, den der Aufenthalt in Berlin erfordert — so werden die Leute, die einmal in diesen Beruf eingetreten sind, gezwungen sein, dabei zu bleiben und immer wieder zu kandidieren. Was sollen sie sonst beginnen? Wobon sollen sie leben? In Kleinbürgerlichen Kreisen schmeichelt man sich gegenwärtig mit der Hoffnung, daß es infolge der Diäten nunmehr möglich sein werde, auch kleine Leute in abhängiger Stellung, vielleicht gar wirkliche Arbeiter in den Reichstag zu entsenden. Und von der großbürgerlichen Presse wird dieser törichte Wahn genährt. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“ in dem zitierten Artikel:

„Die Hauptfrage ist, daß in den Reichstag immer neues Blut hineinkommt. Männer, die mit dem Volksleben in engerer Fühlung stehen, die aus dem Vollen schöpfen und wissen, wo dem einzelnen Wähler der Schuh drückt.“

Wünschenswert wäre das ja, obgleich es für den Wert des Reichstags auch wieder keine schweren Bedenken hätte, wenn jedesmal beim Ablauf der Legislaturperiode der größte Teil der Abgeordneten durch nur neue Männer ersetzt würde. Es würde dadurch diejenige Gewandtheit und Geschäftserfahrung verloren gehen, die eben auch wieder notwendig ist. Doch auf fromme Wünsche wird hier wenig Rücksicht genommen. Bildet man sich vor, daß es viele Unter-

Monate im Reichstag zu sitzen und dann wieder ein „junges“ Mitglied ins Geschäft zurückzuführen? Oder daß kleine Geschäftsleute mit eiguem Geschäft sich das leisten können? Daran ist doch nicht zu denken. Es werden vielmehr von den jetzigen Abgeordneten (wir reden natürlich immer nur von den bürgerlichen, denn für die sozialdemokratischen liegt ja die Sache ganz anders) diejenigen auf die Dauer im Reichstag bleiben, die schon bisher regelmäßig an dessen Arbeiten teilgenommen haben, d. h. Leute, die aus irgend einem Interesse ihre berufliche Tätigkeit schon bisher zugunsten der Reichstagsarbeit vernachlässigt haben oder vielleicht gar keinen andern Beruf haben. Die übrigen werden mit der Zeit verschwinden und durch Männer ersetzt werden, die ihren sonstigen Beruf aufgeben. Für diese, und das sind die allermeisten, wird die Tätigkeit im Parlament dann zu einer Existenzfrage werden, und damit wird denn glücklich der eigentliche Zweck der Arbeit eines Abgeordneten auf den Kopf gestellt sein. Ohne daß wir die persönliche Ehrenhaftigkeit dieser zukünftigen Abgeordneten im geringsten in Zweifel ziehen, werden sie einfach gezwungen sein, sich mit Säcken und Füßen an eine Stellung zu klammern, die ihnen den Lebensunterhalt gewährt. Ob und wie lange sie sich noch dazu geeignet fühlen, das wird für sie ganz außer Betracht bleiben, und ebenso für ihre Parteien, die ihnen so viel persönliche Rücksicht ja schuldig sind, daß sie sie nicht mittellos auf die Straße setzen.

Ohne Berufsparlamentarier kann der bürgerliche Parlamentarismus seine Aufgabe nicht mehr lösen, mit Berufsparlamentariern aber erst recht nicht. Das ist das Dilemma, in das ihn seine eigne logische Entwicklung hineingetrieben hat und aus dem er auch nicht wieder herauskommt. Er mag sich drehen und wenden wie er will, lösen wird er die Schwierigkeit nicht, weil sie aus seinem eignen Wesen notwendig entspringt. Das mag bedauerlich sein für Leute, die mit dem konstitutionellen Regime die beste und höchste aller möglichen Staatsformen erreicht glauben, und wir verstehen es wohl, daß sie sich gegen die drohende Gefahr mit allerhand Redensarten blind zu machen suchen. Wir Sozialdemokraten dagegen haben gar keinen Anlaß, dieser Entwicklung der Dinge, deren innere Notwendigkeit wir längst erkannt haben, nicht klar und nüchtern ins Auge zu sehen. Versteht doch für uns die glückliche Zukunft der Menschheit ebensovienig auf ihrer Beherrschung durch erwählte Abgeordnete wie durch gottbegnadete Könige, sondern auf der Tüchtigkeit und Mündigkeit des Volkes selbst.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 5. Juni 1906.

Der Triumph der Fälscher.

Im besonderen Auftrage der Polizei telegraphiert das Volkstische Bureau: „In einer Polemik gegen den „Vorwärts“

stellt die „Post“ fest, daß nicht bloß Rosa Luxemburg, sondern auch der sie begleitende Sekretär Zogichas sich eines falschen Passes bediente.“

Es ist also festgestellt, daß die „politischen Verbrecher“, die unter polizeilicher Bewachung stehen, mitunter „das selbe tun“, was die Polizei tut! Die Polizei versucht sich reinzuwaschen, indem sie behauptet, die Sozialdemokraten bedienten sich derselben Mittel wie sie selber! Daß es etwas anderes ist, wenn sich ein Revolutionär falscher Pässe bedient, als wenn eine Behörde falsche Pässe ausstellt, um einer „befreundeten Macht“ ihre eignen Söhne als Spione auf den Hals zu hegen, kann die Polizei natürlich nicht einsehen.

Im übrigen wiederholen wir: die Genossin Luxemburg sitzt gefangen; wenn die Schöne und Brodhufen in den Zeitungen behaupten, sie hätten das selbe getan, wie Luxemburg, so möge man sie schleunigst einsperren und ihnen den Prozess machen. Dem formalen Recht wird damit Genüge geschehen. Im übrigen wird die öffentliche Verhandlung zeigen, welche schamlose Frechheit es ist, wenn sich die Fälscher des Berliner Polizeipräsidentiums auf die gleiche Linie mit sozialdemokratischen Freiheitskämpfern zu stellen versuchen. —

Die Hannoverische Reichstagsersatzwahl.

Durch die bürgerliche Presse läuft folgender Wackzettel des Reichsbettelverbandes gegen die Sozialdemokratie:

Mit seltener Einmütigkeit gehen die sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie vor. Das aus 173 Wählern aller politischen Richtungen zusammengesetzte Wahlkomitee arbeitet ohne Meinungsverschiedenheiten und scheinbar mit gutem Erfolge. Eine große Anzahl Bürger hat sich in den Dienst der Sache gestellt und wandert von Haus zu Haus, um die Wähler aufzuklären und sie für die Wahl zu interessieren. Man wird also, da bei der letzten Reichstagswahl 18 000 Wähler freizugehen, da bei der letzten Reichstagswahl 18 000 Wähler der Urnen fern bleiben blieben und man annimmt, daß diese fast durchweg keine Sozialdemokraten sind, so hofft man, durch eine lebhaftige Agitation von Haus zu Haus den Sieg zu erringen. Es ist wohl noch nie der Fall gewesen, daß Konervative, Nationalliberale, Freisinnige, Mittelstandsvereiner, Welfen und Zentrumleute so geschlossen zusammengehen, wie es bei dieser Wahl der Fall ist. Es gibt nur eine Parole und diese heißt: „Front gegen die Sozialdemokratie.“

Wozu die „Vossische Zeitung“ in Berlin, die für die Politik der Freisinnigen Volkspartei wirbt, bemerkt:

Vorläufig handelt es sich für die bürgerlichen Parteien darum, daß eine von ihnen in die Stichwahl gelangt. Die stärksten sind die Nationalliberalen und die Welfen. Früher stimmte das Zentrum stets für den welfischen Kandidaten und die Folge war, daß dieser auf der ersten Spritze der bürgerlichen Kandidatenleiter stand. Seitdem aber die Sozialdemokratie im ersten Wahlgange siegte, gefiel es dem Zentrum, seine Stimmen mittels einer eignen Kandidatur zu zählen. Auch diesmal hatte es einen Kandidaten aufgestellt, und zwar den Herrn Erzberger, der Wiberach bereits im Reichstage vertritt. Nun aber hat Dr. Erzberger seine Kandidatur zugunsten des welfischen Kandidaten v. Dammberg zurückgezogen. Das Zentrum muß danach glauben, daß es in Hannover zu einer Stichwahl kommen könne. Eritt dieser Fall ein, so ist der welfische Wahlsieg ziemlich sicher. Dahin hat es die Sozialdemokratie mit ihrem unablässigen Schüren des Klassenkampfes glücklich gebracht.

Ja, dahin hat es die Freisinnige Volkspartei mit ihrem unablässigen Schüren des Liberalismus glücklich gebracht, daß sie mit den wahlrechtsfeindlichen Konserverativen, Bündlern und antisemitischen Mittelständlern Arm in Arm für ihre politische Programmforderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts kämpft!

Die Zweifrontentheorie ist für sie tatsächlich abgetan. Es gibt für die Freisinnigen nur noch eine Frontstellung: mit der Reaktion als ihr ruhrediger Bestandteil gegen die Sozialdemokratie.

Der Liberalismus einigt sich in der Tat im — junkerlichen Konservatismus, wo die Nationalliberalen ja schon längst angelangt sind! Viele Mannschaft auf den Weg, ihr Richterianer! —

Der gefährliche Preßverbrecher.

Uns Berlin schreibt uns unser Berichterstatter beim Oberverwaltungsgericht:

Ein wahres Kleinod für die preussische Polizei ist das preussische Gesetz über die Aufnahme neuanziehender Personen, das noch aus dem Jahre 1842 stammt. Es stellt erst den Grundsat auf, daß keinem selbständigen Preußen an dem Orte, wo er eine eigne Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu beschaffen imstande ist, der Aufenthalt verweigert oder durch lästige Bedingungen erschwert werden darf. Dann aber kommen die Ausnahmen. Nach § 2 Nr. 2 findet auch eine Ausnahme statt: „wenn die Landespolizeibehörde es für nötig findet, einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszusperren.“ Hierzu ist die Landespolizeibehörde jedoch nur gegenüber solchen Sträflingen befugt, „welche zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Täter sich als ein

für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlicher Mensch darstellt, zu irgend einer andern Strafe verurteilt worden oder in einer Korrekptionsanstalt eingesperrt gewesen ist". — Der ehemalige Schneider Wojciechowski aus Oberschlesien, der als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung einmal wegen Aufreizung zum Klassenhass mit 9 Monaten Gefängnis und zweimal wegen Beleidigung durch die Presse mit 3 und 2 Monaten Gefängnis bestraft worden ist, wurde vom Berliner Polizeipräsidenten als jenseitig für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlicher Mensch angesehen und im Oktober 1905 aus Berlin, wo er am 23. September zugewiesen war, ausgewiesen. Die Ausweisung erstreckt sich auf den Landespoliciebezirk Berlin und die umliegenden Amtsbezirke.

W. beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Oberverwaltungsgericht gegen diesen. Er machte geltend, das Gesetz vom 31. Dezember 1842 wäre nicht mehr anwendbar. Aber selbst wenn es noch Geltung hätte, würden in seinem Falle doch die tatsächlichen Voraussetzungen für die Ausweisung fehlen. Es handele sich hier lediglich um Freiberger, die ihn unmöglich als einen „für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen“ erscheinen ließen.

Der Oberpräsident erwiderte: Wie die Polizei die Ueberzeugung von der Gemeingefährlichkeit des Bestraften erlange, sei ihre Sache. Dagegen könne nicht mit der Klage angegangen werden, ausgenommen, wenn Schikane oder Willkür erkennbar wäre. Davon könne hier keine Rede sein. Uebrigens müsse ein Mann, der sich der Aufreizung und mehrmaligen Beleidigung durch die Presse schuldig gemacht habe, wie der Kläger, von Berlin und Umgegend fern gehalten werden.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage W. als unbegründet ab, indem es davon ausging, daß in seinem Falle die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes von 1842 gegeben seien.

Erst vor einigen Jahren hat die Anwendung dieses Gesetzes aus vormärzlicher Zeit gegen den Schriftsteller Hans Leuß die Öffentlichkeit beschäftigt und dabei allgemeine Verurteilung erfahren. Das war noch unter dem Regime des Polizeiministers Hammerstein, der natürlich nichts dagegen einzuwenden hatte, daß der Berliner Polizeipräsident eine Vorschrift, die für Wagnanten und Buchhändler berechnet ist, auf einen Schriftsteller angewandt. Jetzt haben wir einen Polizeiminister, der Pant zitiert und die „Kräfte, die nach aufwärts ziehen“ entzählen will, aber auch unter ihm geht der Skandal weiter.

Das italienische Experiment.

Die Italiener beherbergen zwar den Papst in ihrem Lande, sie gehören auch durchweg zur „alleinigmachenden“ Kirche, aber sie sind trotzdem recht gottlose Leute. Das geht sogar soweit, daß sie an Sonntagen Wahlen vornehmen und nicht einmal dann davor zurückschrecken, die Kasse dieses, der inneren Sammlung — wie unsere Frommen sagen — gerühmten Tages durch Parteikämpfe zu stören, wenn der Sonntag zugleich der erste Pfingstfesttag ist. Am Sonntag fanden die Nachwahlen in den Kreisen statt, die durch die Wahlen der Sozialisten ohne Verlust aus 23 Kreisen. In 19 wurden die sozialistischen Kandidaten wiedergewählt, in einem ist eine Stichwahl notwendig, drei Kreise sind an die konstitutionellen verloren gegangen.

Die italienische sozialistische Parlamentsfraktion erfaßt also eine geringe Einbuße. Da die zur Wahl stehenden Sitze mit geringen Ausnahmen sichere Damänen der Partei bilden — sie wurden bei den letzten Parlamentswahlen, die nach dem Generalstreik unter einer wütenden Geze gegen die Partei stattfanden, behauptet — war zu erwarten, daß die meisten der auscheidenden Abgeordneten wiedergewählt würden. Die paar unsicheren Sitze scheinen aber alle verloren gegangen zu sein, ein Beweis dafür, daß das Experiment der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Wahlen keinen hochgradigen Enthusiasmus hervorgerufen hat. Und ob die Fraktion nunmehr das geschwundene Vertrauen der Wähler wieder zurückgewonnen hat, wird erst die Zukunft lehren. Annehmend wirkt der ganze Vorgang auf uns Deutsche nicht. Aber wir haben nicht die nötigen Kenntnisse der Verhältnisse und wollen daher mit unserem Urteil zurückhalten. Die ganze Angelegenheit wird hoffentlich noch von berufener Seite besprochen werden und dann können wir darauf zurück.

Ueber die Personalien der gewählten Abgeordneten liegen noch keine Angaben vor. Sie führen meistens wieder in die Kammer zurück, da sie beinahe alle in ihren alten Wahlkreisen sich wieder um das Mandat bewarben. Nur Cobrini, der besonders um die italienische Gewerkschaftsbewegung sich große Verdienste erworben hat, ist in seinem alten Mailänder Wahlkreis nicht wieder aufgestellt worden, weil er sich entschieden weigerte, wieder ein Mandat zu übernehmen, und Ferri, dessen alter Wahlkreis unsicher schien, wurde von Ledebinski ein freier Platz eingeräumt. Sonst behält die Fraktion ihr altes Gesicht.

Das neue Ministerium Giolitti erhält also seine stärkste Opposition wieder, nur um wenige Sitze verringert. Die Zeichen in der italienischen Kammer deuten auf Sturm, wenn das neue Kabinett nicht bemüht ist, das soziale Reformprogramm des verstorbenen Ministeriums Sonnino zur Ausführung zu bringen.

Mateo Morales.

Es soll der Wahnsinnige heißen, der am 31. Mai die Bombe in den Madrider Hochzeitszug geschleudert hat. Deshalb? Weil sich auf einer kleinen Grenzinsel in der Madrider Provinz ein junger Mann dieses Namens am Montag seiner Verhaftung durch einen Polizeibeamten widersetzt, diesen erschossen und sich darauf selbst durch einen Revolverstoß das Leben genommen hat. Man mag schon ein unglückseliger Polizeibeamter sein, am in einer solchen Polizeimeldung einen Beweis für die Tötung zu erblicken. Da Fälle, daß Leute, die verhaftet werden sollen, sich dem Verhaftungsbeamten durch Revolverstoß und Selbstmord entziehen, ereignen sich häufig

genug in der Welt. Häufig liegt ein Zufallsgriff vor, häufig eine Verwechslung und häufig weiß niemand, die wachsame Polizei am allerwenigsten, weshalb ein Verhafteter sich mit den letzten Mitteln zur Wehr setzt. Dann meldet der Polizeibericht in fünf Zeilen die Tat, die Zeitungen geben fünfzig Zeilen aus eigenem hinzu und mit der Bestattung der Leichen ist zumeist die Affäre vergessen. Wir leben alle intensiv und können uns an Gräbern nicht mehr aufhalten.

Diesmal aber fliegt der Name des jungen Spaniers, der den Polizisten niederschloß und von den verfolgenden Bauern in die Enge getrieben keine andre Rettung als den Tod vor Augen sah, durch die ganze Welt. Er prangt in Hunderttausenden von Zeitungsblättern und wird von Millionen Lippen buchstabiert. Denn die Polizei braucht nach 4 Tagen endlich etwas Greifbareres als nur Vermutungen und Annahmen über den Urheber des Madrider Bombenwurfs. Der Mateo Morales ist ja tot; er kann nicht mehr protestieren. Deshalb soll er also nicht der Täter sein, der 24 Menschen zum Tode und mehr als 70 — immer nach polizeilichen Mitteilungen — zu schweren Verwundungen verurteilt hat?

Indessen, um der erste Schreck verwunden, wird die Welt, vor allem die kleine Schar der Zeitungskorrespondenten schon mißtrauisch. In den ersten Tagen gingen die wirren krasen Polizeimeldungen, die aus lauter „es soll“ und „man glaubt“ zusammengesetzt waren und von denen die eine die andre in der Regel aufhob und die vierunddreißigste die dreißigste Lügen strafte, kritiklos durch die bürgerliche Presse. Jetzt fängt man endlich an, ein wenig zu prüfen, und so kommt denn die Meldung, daß „Zweifel laut werden bezüglich der Identität des Selbstmörders mit Mateo Morales und daß deshalb Verwandte des letzteren verhaftet werden sollen, die Leiche zu besichtigen“. Der Polizei mißte — so sollte man annehmen — an dieser Feststellung viel liegen; sie scheint aber nicht einmal berufsmäßig von Neugier geplagt zu sein, denn nach andern Telegrammen zu schließen, hat sie die schnelle Verurteilung des Selbstmörders angeordnet, und zwar sollte sie in der letzten Nacht erfolgen, um „Ruhestörungen vorzubeugen“.

Man weiß also heute so viel und so wenig über den Täter, wie am Tage der Tat. Die Art, wie die Berichterstattung über die polizeilichen Recherchen fortgesetzt wird, verstärken den an dieser Stelle schon begründeten Verdacht, daß auch der Madrider Bombenwurf auf das Mörderkonto der politischen Polizei zu setzen ist. Schon der Umstand, daß die politische Polizei, die nichts wissen will, viel zu viel „ist, tief blicken“. Man will sie in ihrem verräterischen Liebereifer gar herausgebracht haben, daß die in Madrid verwendete Bombe dieselbe Konstruktion und dasselbe Material gehabt habe, wie die am 31. Mai 1905 auf Alfonso und Doudet in Paris geworfene. Das kann für die Polizeimörder eine böse Wissenschaft werden. Denn die Pariser Bombe stammte — das ist gerichtlich erwiesen, ohne daß die Verbrecher allerdings dafür zur Rechenschaft gezogen worden wären — aus dem wohlsortierten Lager der politischen Polizei. Wenn nun das Madrider Exemplar dasselbe Fabrikzeichen zeigt, so wäre es ein Beweis gegen die Behauptung, daß der Madrider Bombenwurf von der politischen Polizei selber.

Im übrigen ist mitzuteilen, daß ein Engländer, den der polizeiliche Uebereifer am Freitag hinter Schloß und Riegel gebracht hat, am Montag auf Forderung der englischen Botschaft hat in Freiheit gesetzt werden müssen. Tut nun der Selbstmörder aus der Provinz der Polizei nicht den Gefallen, mit dem identisch zu sein, mit dem er nach ihrer Meinung identisch sein soll, so bleibt der „Fieberhafte“ immer noch ein Name: Mateo Morales. Ein junger Grunde — das Attentat zutraut. Wir müssen abwarten, ob wenigstens dieser Name bleibt oder ob auch sein Schall weislos verfliegt.

Der zwanzigjährige König von Spanien und seine Hochzeitsgäste haben sich durch den Bombenwurf übrigens die Freude nicht weiter trüben lassen. Weil noch zu wenig Leichen auf dem Straßenpflaster lagen, haben sie am Sonntag ein Stiergefecht abhalten lassen, das für die tierischen Jähften in Madrid! —

Die russische Revolution.

Land und Freiheit.

Die Agrarfrage ist die Schicksalsfrage Rußlands. Sie ist die Schicksalsfrage der Duma. Den scharfen Ton der Resolutionen der Duma kann der Zar überhören, jedes Wort der Duma für die Verteilung des Ackerlandes unter den Bauern weckt einen millienschweren Widerhall in allen Teilen des gewaltigen Reiches.

Die Regierung hat die Verletzung des Privateigentums an Boden für unzulässig erklärt. Der Zar, der Hof, die großbedeutende höhere Bureaucratie verteidigen in diesem „unzulässig“ ihr persönliches Interesse, ihren eigenen Besitz. Die Kadetten aber können nicht mehr zurück. Möchten sie es nicht, sie würden ihren radikalen Flügel und alle Bauern gegen sich aufbringen und sich selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilen.

Da ist ein Ausgleich nicht denkbar. Wahrscheinlich, kein Ausgleich, sondern der besagte Moskauer Professor Herzenstein hat den Standpunkt seiner Partei klar und unversöhnlich festgelegt. Er zitierte das Beispiel Dänemarks und der Länder mit bauerlicher Bevölkerung und schloß mit der Erklärung, das Prinzip der Zwangsenteignung sei unzulässig. Wir können einzelne Details abändern; aber das Prinzip wird für ganz Rußland unabänderlich bestehen bleiben.

Alles treibt der Entscheidung zu —

Die Arbeiterabgeordneten.

Stets Arbeiter, die der Reichsduma angehören, werden sich durch die Presse an die russische Arbeiterklasse mit einem Aufruf, in welchem sie zunächst darlegen, daß die guten Absichten der Duma am Widerstand

jener Leute scheitern, die den Zaren umgeben und die in seinem Namen handeln.

„Eine ohnmächtige, unter einem Beamtenregime bestehende Duma“, so heißt es in dem von uns schon kurz erwähnten Aufruf, „ist nicht fähig, die Forderungen des Volkes auszuführen. Das kann nur eine vollberechtigte konstituierende Versammlung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ohne Unterschied des Glaubens, der Nationalität und des Geschlechts gewählt ist. Zudem ihr euch organisiert und vereinigt, sollt ihr euch aber durch keinerlei Provokation verleiten lassen und nicht ohne Not Zusammenstöße mit Behörden hervorrufen. Laßt es nicht zu, daß unruhige Proletarierblut vergossen werde. Augenblicklich ist es das notwendigste, daß ganz Rußland seine Ansicht über den Zusammenstoß zwischen der Duma und der Regierung äußere. Sprecht eure richtige Meinung aus und schreibt euren Deputierten, was ihr auf den Meetings und Versammlungen beschließen habt.“

Die Duma muß allerdings in die konstituierende Versammlung ausklingen, die dann alle Macht kraft des Volkswillens an sich zu reißen hätte. Schwerlich wird das aber ohne die vorherige blutige Abrechnung mit dem Zarenismus geschehen können.

Letzte Nachrichten.

Od. Odesa, 5. Juni. (Privattelegr. d. „B.“) Eine Versammlung der Wahlmänner despechierte an die Reichsduma, daß ihre Forderungen die Unterstützung des ganzen Volkes hätten. Ein Ministerium, das gegen das Volk sei, müsse sofort demissionieren.

Od. Petersburg, 5. Juni. (Privattelegr. d. „B.“) Die Regierung ist entschlossen, keine weiteren Zugeständnisse an die Duma zu machen. Das Kabinett hat sich dem Hof gegenüber verpflichtet, eine reaktionäre Politik zu betreiben. Eine neue Revolte scheint in Kronstadt bevorzustehen. Aus Riga wird über eine wahre Schreckensherrschafft gemeldet. Auf offener Straße werden Gewalttätigkeiten begangen. Bei einem Angriff auf eine Bank kam es zu einem blutigen Kampf mit den Wächtern. Uebnliche Meldungen kommen aus andern Städten. In ganzen Laube herrschen wieder die alten Zustände des Terrorismus.

* Petersburg, 5. Juni. „Neschk“ meldet, der Ministerrat habe sich auf Antrag des Justizministers für Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen. — Wir bezweifeln die Mitteilung.

* Warschau, 5. Juni. Der Straßenbahnstreik dauert fort. Das ganze Weichselbampfersonal ist in Unruhen getreten. Die Verbindung mit den Weichselstationen bis Thorn ist unterbrochen. — Aus Lodz wird hierher gemeldet, daß dort wegen des Pellenerstreiks alle Restaurants und Cafés geschlossen sind. — In Genschow wurden zwei Oberstuhlleute erschossen; die Täter sind entkommen.

* Petersburg, 5. Juni. Alle Anzeigen sprechen dafür, daß das Elend der russischen Bauern weiter um sich greifen muß. Die Misere bedroht dieses Jahr fast alle Gouvernements, die auch im vergangenen Jahre davon betroffen wurden, in noch größerem Maße als damals. Im Gouvernement Kasan ist durch die Dürre die Frühjahrssaat vernichtet, ebenso im Gouvernement Saratow, wo der Sommerweizen ganz vernichtet ist. Im südlichen Teil des Dougebietes hat der Sonnenbrand die ganzen Felder und Wiesen auf ungeheure Strecken vernichtet. Seit Anfang des Frühjahrs ist dort kein Regen gefallen. Die Kassen sind leer. — Einmalig

Aus der Parteibewegung.

Deutsche Rechtseinheit. Wegen des preussischen Wahlrechtsflugblattes ist in Göttingen auf Grund des Aufreizungsparagrafen der Genosse Bille zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Auch in Stargard ist vor einiger Zeit wegen dieses Flugblattes eine Verurteilung erfolgt, während das gleiche Flugblatt von mehr als einem Duzend preussischer Gerichte bzw. Staatsanwälte als nicht gegen die Gesetze verstoßend erklärt worden ist. In Göttingen und Stargard erkläre die Richter das Vergehen der Aufreizung in der Sprache des Flugblattes, in andern Gerichtsbezirken sind sie von seiner gesetzlichen Tendenz so überzeugt, daß sie nicht einmal eine Verhandlung anordneten, sondern das Verfahren ohne weiteres einstellen! Ein Beweis, wie sehr der beachtliche Kaufschulparagraf 130 alles ins subjektive Ermessen der Richter stellt, wie das Gefühl der Richter in solchen Fällen mitentscheidet über die Freiheit des politischen Gegners. Oder wird man sich etwa damit ausreden wollen, es seien in Göttingen und Stargard besondere Verhältnisse in Betracht gekommen, die Arbeiter seien dort leichter aufzureizen oder erregter gewesen als im übrigen Preußen? Die Väterlichkeit würde diese Ausrede schon im Keime töten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Juni 1906.

— Köhlers Konzert- und Ballhaus, das den Arbeitern beharrlich zur Abhaltung von Versammlungen verweigert wird, findet deshalb bei den Arbeitern entsprechende Würdigung. Jetzt wendet man neue Mittel an, um die Arbeiter ihre Pflicht vergessen zu lassen, man versucht es mit Frey Fuhrmanns Sängergesellschaft, die heute abend bei Herrn Köhler Vorstellung gibt. Die Gesellschaft hätte natürlich klüger gehandelt, wenn sie gleich in Erwägung gezogen hätte, daß sich dadurch die Arbeiterschaft in der Fortsetzung des bisherigen Anschauungsunterrichts nicht beirren lassen wird.

— Die Unterschlagung einer der Sozialdemokratischen Sache wirkt uns und der ganzen Parteipresse — mit Ausnahme des „Vorwärts“ — die „Magdeburger Ztg.“ vor. Wir sollen in dem Bericht über die Reichstagsführung vom 25. Mai die Tatsache nicht erwähnt haben, daß Genosse Bernstein eine Kugel auf den Tisch des Hauses niederlegte, die bei den Breslauer Vorparlamenten von der Polizei in ein Haus hineingeschossen worden sein sollte, während Graf Potjomkin gleich feststellte, daß diese Kugel niemals abgeschossen worden sei. Der Vorfall ist an sich so unbedeutend, daß gut und gern auf eine Verichterstattung darüber verzichtet werden konnte, zumal feststeht, daß von der Polizei in die Fenster hineingeschossen wurde. Da nun von diesen Äußerungen eine als Beweismaterial vorgezeigt wird oder nicht, ist wirklich ziemlich nebensächlich. Zudem hat Genosse Bernstein nur gesagt, das sei eine von den Kugeln, die dort gefunden worden sind. Aber selbst wenn es anders läge, so könnte höchstens von einem Irrtum des Genossen Bernstein geredet werden. Und vor Irrtümern sollen auch andre Menschen als Sozialdemokraten nicht geizig sein! Es ist also nichts damit, wenn man uns der Unterschlagung geizig sein will. Am allermeisten steht das der „Magdeburger Ztg.“ schlecht an, der wir erst kürzlich nachgewiesen haben, daß sie in der Verichterstattung über jenen Fall eines Freigesprochenen, der eine Entschädigung für unzulässig erhaltene Unternehmungshaft verlangte, die Draufgabe und den Namen des Verteidigers unterließ.

— Steuern zahlen! Bis zum 16. Juni, mittags 1 Uhr, müssen die Steuern bezahlt sein. Wer nicht will, daß dieser Tribut nach dem durch die Kosten eines Rohzettels erhöht wird, Sorge also für rechtzeitige Erledigung! —

Achtung, Korbmacher! Die hiesigen Korbmacherzweigen haben der hiesigen Innung resp. den Arbeitgebern durch den Holzarbeiterverband einen Teil einziehen lassen mit dem Vermerk, bis Sonnabend den 2. Juni Nachmittags zu geben, ob derselbe anerkannt wird. Die Herren haben es vorgezogen, die eingereichten Forderungen zu ignorieren. Es erfolgte deshalb einmütige Arbeitseinstellung bis auf die Werkstätten von Sand-, Düster-, und Meißel-, Schmiedstraße. Zugig von Korbmachern nach Magdeburg ist also sein zu halten. Am 1. Juni wird gebeten!

Achtung, Zimmerer! Die nächste Mitglieder-Versammlung findet umständehalber erst am 12. Juni statt.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Baugewerbe zu Magdeburg. Am 18. Mai wurde eine Statistik aufgenommen, welche sich über das ganze Lohn- und Zweigvereinsgebiet erstreckte. Das Resultat ist folgendes. Magdeburg: Auf 78 Neubauten, 26 Ausbauten, 27 Scharwerk- und 1 Kanalbau arbeiteten, soweit zu ermitteln war, bei 75 Unternehmern 70 Poliere, 933 Gesellen und 146 Lehrlinge. Ein Stundenlohn erhielten 3 Maurer 25, 3 30, 1 34, 6 35, 15 35, 2 39, 6 40, 12 42, 3 45, 1 46, 5 48, 2 49 Pf. 47 Maurer sind Jung- und Altgesellen, welche nach dem Lohnsatz niedriger entlohnt werden, 12 arbeiten auf der städtischen Gasanstalt für einen Stundenlohn von 42, 20 Maurer bekommen 50, 16 51, 291 52, 228 53, 35 54, 85 55, 4 56, 10 60, 3 63, 2 65, 7 70 Pf.; letztere sind beim Putzen im Tagelohn beschäftigt. Der Durchschnittslohn beträgt für sämtliche Kollegen 52 Pf. pro Stunde. Bei 85 Maurern konnte der Lohn nicht festgestellt werden, weil sie erst eingestellt waren und noch keinen Lohn erhalten haben. 88 Maurer puzen in Afford. Auf einigen Arbeitsstellen haben es die Maurer nicht für nötig gehalten, die Fragebogen auszufüllen und zurückzugeben. Ebenso haben sich die Maurer, welche einzeln in den Wohnungen arbeiten, die nicht aufgefunden wurden, nicht gemeldet. Sie haben damit dazu beigetragen, daß die Statistik nicht vollständig ist.

Die bei der Umfrage vorgefundenen Bauten befanden sich in folgender Entwicklung: 16 waren hergestellt bis zum Keller; 6 bis zum Parterre; 3 bis zur ersten; 2 bis zur zweiten; 4 bis zur dritten Etage; an 7 wurde der Dremmel zugemauert; 2 waren im Rohbau fertig; an 23 wurde gepußt und 15 waren bis zum Nachpuß fertig. Außer diesen Hochbauten ist ein Kanalbau zu verzeichnen.

In der Arbeit sind bei 2 Unternehmern 18 Maurer beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt bei 2 Maurern 42, 4 48, 6 49, 6 50 Pf. In vierzig sind bei 3 Unternehmern 16 Maurer beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt bei 7 Maurern 50, 9 52 Pf. In Dörsdorf sind bei 1 Unternehmer 8 Maurer beschäftigt, Stundenlohn 27 und 34 Pf. In Dahlenwarsleben sind bei 4 Unternehmern 22 Maurer und 1 Lehrling beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt bei 1 Maurer 25, 6 30, 2 32, 1 34, 11 35, 1 40 Pf. Trotz der niedrigen Löhne haben es 8 Maurer noch nicht für nötig gehalten, sich der Organisation anzuschließen. In Dörsdorf sind bei 3 Unternehmern 11 Maurer beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt bei 9 Maurern 25, 2 30 Pf. 7 Maurer sind nicht organisiert. In Diesdorf sind bei 7 Unternehmern 14 Maurer beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt bei 1 Maurer 40, 2 53, 6 55, 2 60, 3 65 Pf.; letztere puzen. In Dreileben und Dreyberg sind bei 2 Unternehmern 25 Maurer zu einem Stundenlohn von 32 Pf. beschäftigt. In Groß- und Klein-Otterleben, Bennedensbeck und Lemsdorf arbeiten bei 9 Unternehmern 3 Poliere, 31 Gesellen und 3 Lehrlinge. Der Stundenlohn beträgt bei 3 Maurern 53, 1 54, 7 55, 14 56 Pf. und 6 Puzer in Afford; es sind 8 Neubauten und 1 Scharwerkarbeit vorgefunden. In Dörmersleben sind 20 Maurer bei einem Unternehmer beschäftigt; Stundenlohn 32 Pf. In Weller sind bei einem Unternehmer 5 Gesellen beschäftigt; Stundenlohn: 2 30, 3 33 Pf. In Fernersleben, Salbke und Wessersleben arbeiten bei 9 Unternehmern auf 13 Neubauten und 1 Scharwerk 4 Poliere, 72 Gesellen und 21 Lehrlinge; der Stundenlohn beträgt bei 3 Maurern 33 Pf., 2 40, 1 41, 1 42, 2 45, 1 51, 37 52, 3 53, 19 55 Pf. und 3 Maurer puzen in Afford. Der Durchschnittslohn beträgt 51,17 Pf. pro Arbeitsstunde für alle Maurer. Die Bauten sind in folgender Entwicklung: 1 im Keller, 1 im Parterre, 4 in der 1., 1 in der 2. Etage, 2 bis zum Dremmel, 2 im Fuß, 1 ist bis auf den Werpup fertig.

Folgende Baustellen haben die Fragebogen nicht zurückgeschickt: Cracau, Ebdorf, Gr.-Kobensleben, Hohndobeleben, Vangenweddingen, Niederdobeleben, Othenstedt, Ragab, Wangleben und Wolmirstedt. Wieviel Maurer in den zehn genannten Ortschaften beschäftigt sind und zu welchen Lohnsätzen, ist unbekannt, weil es die Vorstände der 10 Baustellen unterlassen haben, die Statistik anzunehmen oder die Fragebogen auszugeben.

Im ganzen Lohn- und Zweigvereinsgebiet sind bei 116 Unternehmern 82 Poliere, 1175 Gesellen und 171 Lehrlinge auf 117 Neubauten, 29 Ausbauten und 33 Scharwerkarbeiten beschäftigt.

Wissenschaftliche Ballonaufstiege. Am Donnerstag den 7. h. M. finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Einfach schmecklich! So lautet das Prädikat, das in Tausenden von Varianten über die beiden hinter uns liegenden Pfingstfesttage von Männlein und Weiblein ausgesprochen wurde. Statt im luftigen und duftigen Sommerklima hinauszuweichen in die überquellende und im schönsten Kleide prangende Natur, haben es viele vorgezogen, unter Zuhilfenahme der letzten Holz- und Kohlenreste, die Stube zu heizen. 8 Grad Reaumur über Null war selbst für sonst abgehärtete Naturen zu wenig, um auch nur an einem der vielen von den erfindungsreichen Gastwirten für den Aufenthalt im Freien getroffenen Arrangements teilzunehmen. Hier und da wurde ja wohl das einmal engagierte Orchester in Tätigkeit versetzt; aber bald mußte sich der Dirigent davon überzeugen, daß sich mit blauen und steifen Fingern nicht mal dirigieren, geschweige denn Flöte blasen läßt. Von dem sonst stets zu Pfingsten herrschenden festlichen Treiben außerhalb des Reichsbildes der Stadt war diesmal also nichts zu hören. Schreckliche Tage haben diejenigen erlebt, die mit lange vor Pfingsten gemieteten offenen Premieren, die, weil einmal bezahlt, auch benutzt werden mußten, Ausflüge gemacht haben. Blaue Ohren und Nasen war noch das mindeste, was sie mit nach Hause brachten. Wohl dem, der noch einen Winterüberzieher sein eigen nannte, und Winterboas ohne Zahl sah man um die Mäuler der Vertreterinnen des sogenannten schwachen Geschlechts liegen. Ausschließlich gute Gesellschaften haben, wie immer an derartig verpöhlten Festtagen, die Gastwirte der inneren Stadt gemacht, wo alle Gastwirtschaften überfüllt waren. Hoffentlich wird der kommende Sonntag, der im Volks als Pfingstfest gilt, manchen für den nicht unternommenen Ausflug an den beiden Pfingstfesttagen entschädigen. Die Wetterausichten sind dazu da.

Selbstmordversuch. Am ersten Pfingstfesttag in aller Frühe versuchte der Eisenhändler Karl Sperling, wohnhaft Braunschweigerstraße 1, sich im Herzentrag, in der Nähe des Kriegerdenkmals, zu erlösen. Wahrscheinlich um die Wirkung des in seinem Besitz befindlichen kleinen Taschenuhrwerks zu erproben, erschloß der des Lebens Ueberdrüssige erst einen in seiner Begleitung befindlichen Hund. Als auf dem Knall mehrere Spaziergänger herbeieilten, brachte sich der erst im 19. Jahre stehende Sp. drei Schüsse in den Kopf bei, die aber nicht den Tod zur Folge hatten, sondern den Verlust eines Auges herbeiführten. Blutüberströmt und laut wimmernd wurde der Verletzte dem nächstgelegenen Krankenhaus zugeführt. Das Motiv zur Tat soll in krankhafter Nervosität liegen. Einer großen Anzahl von Pfingstaussüßigern, die Zeugen des Vorkommnisses war, wurde durch den Anblick des Selbstmörders die Festimmung verdorben.

Ein trauriges Ende nahm eine Radpartie, die der Werkmeister Heinrich Berger, Gutenbergstraße 6 wohnhaft, am ersten Pfingstfesttag mit seinen beiden Töchtern unternahm. Zu der Nähe von Frohse kürzte Herr B. so unglücklich mit seinem Rade, daß die Folge ein Bruch des rechten Oberschenkels war. Der Serunglückte

wurde mit der Bahn nach hier und dann sofort nach dem alstädtischen Krankenhaus gebracht.

Wieder zwei. Trotz aller Warnungen können viele Personen das leidige Abbringen von noch in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen nicht unterlassen. So sahen am 1. Pfingstfesttag, abends gegen 7 Uhr, die Passanten des Breitenwegs, wie kurz vor der Ulrichstraße eine Dame von einem Wagen der Sudebürger Linie absprang und dabei hinfürzte. Kaum war die eiserne Dame wieder aufgerichtet worden, als von demselben Wagen ein Herr absprang und ebenfalls hinfürzte. Verletzungen erlitten beide Personen anscheinend nicht, dafür zeigten aber die arg beschmutzten Kleider, die auch einige Miße erhalten hatten, von den Folgen der unangebrachten Eile.

Vom Radwettfahren. Die Radrennbahn an der Berliner Chaussee erfreute sich am ersten Pfingsttag eines überaus zahlreichen Besuches. Im Hauptfahren auf 1200 Meter wurde Wegener-Berlin in 2 Min. 14 Sek. erster, zweiter Theile-Berlin und dritter Conrad-Hannover. Das Prämiensfahren über 2400 Meter gewann Wegener-Berlin in 3 Min. 32,1 Sek., zweiter war Conrad-Hannover, dritter Fuchs-Weipzig. In 11 Min. 40 Sek. wurde das Meilen-Rennen (7500 Meter) gefahren. Erster wurde hier Theile-Hannover, ihm folgten Wegener-Berlin, Conrad-Hannover, Althoff-Hannover und Fuchs-Weipzig. Das Rennen um den Magdeburger Goldpokal wurde mit Motor-Schrittmachern von Darragon, Paris, Demle-Berlin und Couette-Boulogne gefahren. Die Führung übernahm Demle; er mußte aber den Motor wechseln, so daß Darragon vorkam. Dieser hielt sich an seinem Platz, bis er bei den letzten 10 Kilometern zu Fall kam und aus dem Rennen auscheiden mußte. Demle hatte inzwischen mit seinem ersten Schrittmacher den Zeitverlust wieder wettgemacht und gewann das Rennen mit 70 Kilometer 60 Meter in 60 Minuten, Contener brachte es auf 69 Kilometer 600 Meter.

Kleine Chronik.

Ein Geständnis nach 32 Jahren. Im Jahre 1874 wurde auf dem Gelände der Hauptkathedenanstalt in Groß-Lichterfelde die Leiche eines Mannes aufgefunden. Alle Nachforschungen nach dem Mörder waren erfolglos. Jetzt, nach 32 Jahren, ist aus einem Dorfe in Hinterpommern der Behörde die Nachricht zugegangen, daß ein 77-jähriger Mann sich des Mordes im Jahre 1874 in Groß-Lichterfelde bedichtet. Die Staatsanwaltschaft wird nun entscheiden, ob die 30-jährige Verjährungsfrist abgelaufen ist, da durch Neuuntersuchungen so eine Unterbrechung dieser Frist entstanden sein wird.

Zwei Liebesdramen. In einem Hotel in Pöggau (Sachsen) wurden der Student der Chemie Karl Köhler aus Wülst bei Köln und die Kaufmannstochter Margarete Förber aus Braunschweig in ihrem Zimmer erschossen aufgefunden. Es liegt gemeinsamer Selbstmord vor. — Am Hauptmarkt in Nürnberg hat der 24-jährige Trödler Wilhelm Hirschmann die 21-jährige alte Metzgermeisterstochter Eleonore Bauer erschossen und danach sich selbst durch einen Revolververstoß lebensgefährlich verletzt, weil die Angehörigen des Mädchens das Liebesverhältnis zwischen beiden nicht dulden wollten.

Eine unglückliche Ballonfahrt. Ein von der Mailänder Ausstellung aufgestiegener Luftballon ist am Sonntag bei Ancona ins Adriatische Meer gestürzt. Geniehauptmann Nizari und Bankier Minoletti sind ertrunken, der dritte Insasse, der berühmte Alpinist und Chimborasso-Ersteiger Celestino Usselli wurde sieben Stunden später durch ein Torpedoboot gerettet.

Eine waghalsige Radpartie. Beim Radfahren auf dem — Dache ist der 13-jährige Sohn eines in Mainz wohnenden Kaufmanns schwer verunglückt. Der Knabe fuhr am Freitag nachmittag mit dem Fahrrad auf dem schmalen flachen Dache des zweistöckigen Hauses herum. Bei einer scharfen Wiegung verlor er jedoch das Gleichgewicht und stürzte kopfüber mit dem Rade in die Tiefe. Hierbei schlug er auf die im Hofe aufgespannten, zum Wäscheaufhängen bestimmten Drähte, die mit ihrer Befestigung aus der Mauer gerissen wurden, die glücklicherweise aber den Sturz des Knaben auf das Kopfplaster milderten. Immerhin hat der tollkühne Radfahrer außer einer Gehirnerschütterung erhebliche Verletzungen dadurch erlitten, daß ihm einzelne der spizen Drähte tief in das Fleisch eindrangen.

Schweres Straßenbahnunglück. Am Sonntag früh sind beim Umstürzen eines Straßenbahnwagens in East Providence auf Rhode-Island 11 Personen getötet und 20 verletzt worden.

Ein betrügerischer Bürgermeister. Aus Neuwid wird berichtet: Gegen den früheren Bürgermeister Kohls ist wegen Betrugs, Untreue und Urkundenfälschung Strafantrag gestellt worden. Das Urteil des Koblenzer Bezirksauschusses, wodurch Kohls seines Amtes enthoben wurde, stellt fest, daß Kohls wesentlich falsch aufgestellte Kostenanschläge der Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse vorgelegt hat.

Der Stephanh-Prozeß. Vor der Strafkammer zu Straßburg i. E. hatte sich am Freitag der 35-jährige frühere Polizeikommissar Stephan unter der Anklage zu verantworten, sich amilische Aktenstücke rechtskräftig zugeeignet zu haben. Die Strafverfolgung Stephan's hat bekanntlich viel Staub aufgewirbelt. In der Presse sowie im schaff-lothringischen Landesausschuß war die Vermutung geäußert worden, daß Vorgehen der Justiz gegen Stephan stehe mit einer vielbesprochenen Projüüre über die Zustände im Elsaß-Lothringen im Zusammenhang. Der inkriminierte Tatbestand sei bereits im Mai v. J. anlässlich eines in Jülich stattgehabten Verleumdungsprozesses öffentlich bekannt geworden. Die Strafverfolgung Stephan's habe dagegen erst im Laufe des Monats November ihren Anfang genommen, nachdem in der früheren Straßburger Polizeikommission das Erscheinen seiner Projüüre in Aussicht gestellt. Demgegenüber hieß sich die Regierung darauf, die betreffenden Vorkommnisse seien erst im Spätherbst letzten Jahres zur Kenntnis der Strafkammer gelangt, worauf sofort ohne Rücksicht auf die damals noch nicht erschienene Projüüre gegen Stephan vorgegangen worden sei. Stephan, der sich seit November 1905 in Jülich aufhielt, wurde nach dreimonatiger Inhaftierung von der Schweiz an Deutschland ausgeliefert; da das Vorgehen des Straßburger Gerichts keinerlei politischen Charakter trage. Der Prozeß endete mit der Verurteilung Stephan's zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt.

Mittaten. In Nürnberg erlitt ein Reisender den Liebhaber seiner Frau, einen Schloffer, im Streit. — In Alt-Lugheim bei Heidelberg erschloß im Streit der Landwirt Wüchner seinen einzigen, noch jungen Sohn und stellte sich dann selbst der Behörde. — In einem Gasthof zu Innsbruck ist die 26-jährige Prostituierte Frida Franke aus Berlin ermorde und beraubt worden. — In einer Herberge in Steele wurde der Gelegenheitsarbeiter Kampfes nach einem Streite von einem Schlafkollegen erschoten. — Ein Hauswirt in Köln geriet mit einem Mieter, einem Postassistenten, in Streit, in dessen Verlauf der Wirt den Assistenten durch drei Revolvergeschüsse tödlich verletzte.

Ein Bild aus dem Ordnungsskaat. In St. Dionys, einem Orte im Landkreis Lüneburg, wurde der Haussohn G. W. beschuldigt, mit der 14-jährigen Magdalene L. geschlechtlich verkehrt zu haben. Auf Grund dieser Beschuldigung wurde er, Anfang Oktober 1905 in Haft genommen. Sofort beantragte er, daß die L. durch den Kreisarzt Dr. Gesse untersucht werde. Diese Untersuchung ergab, daß nach Ansicht des Kreisarztes Dr. Gesse die Beschuldigung jeder Grundlage

entbehre und das Mädchen vollständig ungeschuldig sei. Darauf wurde W. am 3. Oktober aus der Haft entlassen. Wer nun glaubt, damit sei die auf Klatschjucht beruhende Geschichte zu Ende, der irrt sich gewaltig. Das schlimmste Ende kommt noch. Dem Herrn Pastor Rüppen und dem Lehrer Schulz scheint der Ausgang der Affäre nicht recht zu sein. Es begann jetzt ein richtiges Ketteltreiben, insbesondere gegen die L. Sie wurde, obgleich nichts bewiesen war, von der Konfirmation zurückgewiesen und ist bis heute noch nicht konfirmiert. Es wurde alles aufgeboten, um das durch freizügliche Untersuchung als ungeschuldig feststehende Mädchen einer Besserungsanstalt zuzuführen. Das ganze Dorf wurde gegen die Angeeschuldigten mobil. Große geschriebene Plakate sind an den Häusern angeklebt worden. Der alte Vater des so übel mitgespielten Mädchens, der an sich schon etwas freigeistig geonnen ist, beschloß nunmehr, mit seiner Tochter aus der Landeskirche auszutreten. Auf einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag an das Landgericht in Lüneburg ging dem Vater ein Schriftstück zu, das unter anderem folgende charakteristische Mitteilung enthält: „Inwiefern Schritte gegen den Austritt Ihrer Tochter einzuleiten sind, behält das unterzeichnete Gericht sich die Entscheidung vor. Lüneburg, 9. Mai 1906. Königliches Amtsgericht 2. G. Halleuffer.“ Am Mittwoch vormittag voriger Woche, als die Magdalene L. sich auf dem Wege nach Lüneburg befand, begegnete ihr ein feingekleideter Herr, der sich als ein Abgesandter des hiesigen Landratsamtes ausgab und das Mädchen sofort nach dem Frauenheim „Himmelsstür“ bei Hildesheim abführte. Kurze Zeit darauf erschien auch schon der Herr Gen darm, um das Mädchen abzuholen. So romanhaft und unglücklich diese Geschichte erscheint, so ist sie doch bittere Tatsache. Das Amtsgericht hat, obgleich es kein Recht hat, Schritte gegen den Austritt des Mädchens aus der Landeskirche zu tun, das Mädchen ohne Zustimmung des Vaters in eine Besserungsanstalt gesteckt, jedenfalls, um damit den Austritt aus der Landeskirche vorläufig zu verhindern. Welche Rolle der Herr Pastor Rüppen und der Lehrer Schulz bei dieser Geschichte gespielt haben, läßt sich noch nicht in vollem Umfange beurteilen.

Letzte Nachrichten.

Gd. Berlin, 5. Juni. (Privattelegramm der „Volkst.“) Eine eigenartige Pfingstüberräufung ist den diätetisch beschäftigten Hilfsarbeitern im Statistischen Amt zuteil geworden. Am 31. Mai wurde 58 Hilfsarbeitern gekündigt. Viele von ihnen sind schon seit längeren Jahren im Statistischen Amt tätig. Sie hatten vor noch nicht langer Zeit erhofft, definitiv und lebenslanglich angestellt zu werden. Dreieiertel der gekündigten sind Militäranwärter, die übrigen Zivilanwärter. Die letzteren werden durch die Kündigung am schwersten getroffen. Ein Beschwerderecht steht den Kündigten übrigens nicht zu.

Gd. Berlin, 5. Juni. Der Staatssekretär des Innern, Graf P o j a d o w s k y, soll, wie die „Neue mil.-pol. Korrespondenz“ erfährt, noch im Laufe dieses Sommers seinen Posten mit dem eines Oberpräsidenten einer preussischen Provinz vertauschen. Als sein Nachfolger werde der preussische Minister v. Bethmann-Hollweg mit großer Bestimmtheit bezeichnet. — Da P o j a das Kolonialstaatssekretariat nicht hat retten können, ist sein von den Reaktionen heiß ersehnter Sturz recht wahrscheinlich geworden. Er würde dann nach Magdeburg überjieden. Dem Bötticher will Anfang Juni nach Naumburg ins Amtenteil des Domherrn ziehen. P o j a würde daher dabei beharren, wieder wie seinerzeit in Berlin Böttichers Nachfolger zu werden. Beide Male nicht freiwillig.

Gd. Hamburg, 5. Juni. (Privattelegramm der „Volkst.“) Die Speicherarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beschloßen, die Sperre über die nichtbewilligenden Betriebe zu verhängen.

Gd. Madrid, 5. Juni. Die Gesamtzahl der Personen, welche durch das Attentat getötet oder infolge der erlittenen Verletzungen gestorben sind, beläuft sich auf 23.

Gd. London, 5. Juni. Man glaubt hier zu wissen, daß die Polizei Einzelheiten beizie über das Vorhandensein eines anarchistischen Komplotts, welchem Morales und der bekannte Anarchist Nabarra aus Cartagena angehört, der in den Anschlägen gegen das Leben des Königs Alfonso in Paris beteiligt war.

Washington, 5. Juni. Weiß in einem Eingeh, soll in Portland ein „Komplot russischer Nihilisten“ entdeckt sein, die die Ermordung des Präsidenten Roosevelt beabsichtigen. Der zarische Kubel freist! Die zarischen Spindel wollen mit ihrem „Komplot“ eine allgemeine Russenauspeerrung herbeiführen.

Vereins-Kalender.

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.). Mittwoch den 6. Juni, abends 8 Uhr, große Vorjandssitzung. — Versammlungen finden statt: Sonnabend den 9. Juni, abends 8 Uhr, A b t e i l u n g S u d e n b u r g bei Alt. Naumann; A b t e i l u n g M a g d e b u r g in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstr. 27-28; A b t e i l u n g A l t e N e u s t a d t bei Winter; A b t e i l u n g N e u e N e u s t a d t im „Weißen Hirsch“ 696

Sängerinnenchor Neue Renft. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Uebungsstunde im „Weißen Hirsch“ 697

Alt.-Radfahrerklub Solidarität Magdeburg. Vereinsabend: Alt. Wilhelmstadt („Luisenpark“) Mittwoch; Alt. Duda („Thalia“) Donnerstag; Alt. Sudenburg („Berber Bierhalle“) Donnerstag; Alt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch“) Freitag; Alt. Alte Neustadt („Krone“) Freitag. 494

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik kostet die Seite 50 Pf.

Gegen Brechdurchfall und Darmkatarrh schließt man die Säuglinge am besten, wenn man sie mit Rußetes Kindermehl und Milch ernährt. Beides wird im Magen gut verdaut und geht im Darm weniger leicht, wie die Kuhmilch allein, zur Gärung über. Rußetes Kindermehl erleichtert der Milch einen höheren Nährwert, wird von allen Kindern gern genommen und bildet einen rationellen Übergang zur festen Nahrung.

Bei Gicht nehme **Indoform** (Orthoorybenzoesäure) man **Indoform** (säuremethylenacetat)

Rheumatismus Glänzende Erfolge, auch bei veralteten Fällen! Ein ärztliches Urteil von vielen: Besten Dank für die Indoformtableten, deren vorzügliche Wirksamkeit ich staunend erprobt habe. Vorkauf in Apotheken in Glasbröthen zu 75 Pf. und Mk. 1.50.

Ischias Frisch Schulz, Chem. Fabrik, Leipzig. 587

Neuralgien

Husten Wer diesen nicht heilt, verflündigt sich an eignen Leibe! **Kaisers Brust-Caramellen** (heilsames, schmeckendes Hals-Extrakt) sind ärztlich erprobt und empfohlen gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung und Rauchenkatarrh. 4512 not. begl. Zeugnisse beweisen, daß sie halten, was sie versprechen. Pakete à 25 Pf., Dose 45 Pf., zu haben in allen Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwaren-Handlungen. 1122

Vertreter für Magdeburg: J. Hohenhausen, Arabstr. 8

Konsum-Verein Neustadt

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Magdeburg.

Sonnabend den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr im „Luisenpark“, Spielgartenstr. Nr. 1c

Ordentliche Generalversammlung des 2. Vierteljahres 1906.

Tages-Ordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Bericht vom Unterbandstag in Nordhausen. 3. Beitritt zur Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Der Zutritt zu der Versammlung ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Neustadt, e. G. m. b. H. Chr. Dresse, Vorsitzender.

Fahrräder

neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung

3791 bei Albert Brennecke, Sudenburg Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

Neue und gebrauchte Fahrräder, Nähmaschinen, Anzüge, und Leberzieher, goldene und silberne Taschenuhren, Wanduhren, gold. Ringe, Uhrenketten, Spezialität Gold-Schmuck, Ketten, 22 u. 50/1000 Teile Feingold m. Garantieschein sowie sonstige Schmuck- u. Silberwaren, Kleider u. verschiedene andre Gegenstände sehr billig.

Weinfaßstraße 5a, I. NB. Auf jede neue Uhr schriftliche Garantie. 3738

Probieren Sie bitte meine Margarine 3733

„Unerreicht“

Pfd. 70 Pf.

Walter Ernst - Jakobstr. 36

Das Berliner Dirnentum

von Hans Ostwald. Erschienen in Bändchen à Mark 1.00. Band 1: Berliner Bordelle. „ 2: Die freie Prostitution im Vormärz. „ 3: Mattressen in Berlin. „ 4: Tanz und Prostitution. Ferner: Lieder aus dem Rinnstein. Band 1 und 2 je Mark 1.00.

Buchhandlung Volksstimme Jakobstrasse 49.

Arbeiter-Turnerbund Gr.-Ottersleben u. Umgeg. Einladung!

An sämtliche Bezirksvereine des 2. Bezirks u. 2. Kreises (Sachsen-Anhalt, Braunschweig). Zu dem am Sonntag den 10. Juni 1906 stattfindenden 19. Stiftungsfest des Männer-Turnvereins Jahr zu Groß-Ottersleben im Strumpfwäcker neu vergrößerten Garten und Ballhaus bitten wir recht zahlreich zu erscheinen. Morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr: Empfang der auswärtigen Vereine, nachmittags 3 Uhr: Festzug, nachdem: Gartenkonzert und Schauturnen, abends: Festball, um 9 Uhr: Stabübungen nach Ruffit, um 10 Uhr: Gärtnerreigen von 16 Turnerinnen (Kopium- und Dekorationsreigen). Ergebenst ladet ein Der Vorstand.

Zahn-Atelier

Richard Sass 506 Nr. 56 Breiteweg Nr. 56 Fernsprecher 4403

Teilzahlung gestattet. Woche 1 Mark, monatl. 4 Mark (ohne Preisermäßigung). Strengste Diskretion zugesichert.

Jahreszahn schmerzlos. Spezialität: Zement-, Porzellan-, Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben Zahn-Reinigung, Solde-Preise.

Billige Stiefel

nur Altes Brücktor 2

Bermittelt

wird niemals der Erfolg d. Gebr. v. Steckenpferd - Oerschwefel-Seife u. Bergmann & Co., Radobenz mit Schutzmarke: Steckenpferd. Es ist die beste Seife gegen alle Arten Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pickeln, Blätchen, rote Flecken, Flechten usw. 2881 à Stück 50 Pf. in Magdeburg: H. Fensch, Altmarkt 28. Richard Juroth, Tischlerbrücke 22. Victoria-Apothete, Kaiserstr. 94b In Duxau: Rosen-Apothete.



Bewährte Marke

Vorzügliche Qualität Esora billig 4133 Vertreter gesucht! Katalog gratis und franko.

Robert Bensch jun.

Johannisberg, vis-à-vis der Kirche. Fernspr. 2798.

Wiederverkäufer!?

Billigste Bezugsquelle für Fliegentütenpapier Buch 45-60 Pf. 4131

Untersetzer

100 Stück 45, 50, 55 Pf. Paul Günther Papier-Handlung Edg., Halberstädterstr. 48 (Eck Aufmarschstr.)

Goldfische

in allen Größen, auch extra große für Gartenteiche, bis 20 cm lang. Zierfische, Schildkröten, Laubfrösche und Laubfroschhäuschen in größter Auswahl 1715

Aquarien-Institut

Fr. E. Schneising Schwertfegerstraße 15. Freundl. Logis Schmidstr. 46

Zirkus Variété

Inh.: August Kunze. Täglich Vorstellung des Kölner Burlesken-Ensembles

Direktion: E. Grefenz. Kasseneröffnung 7 Uhr Anfang 8 1/2 Uhr.

Günnes im Himmelbett. Günnes im Harz.

Viktoria-Theater.

Mittwoch den 6. Juni 1906 Die goldene Eva.

Zirkus-Terrasse

Jeden Nachmittag von 3 Uhr an Konzert

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld! Best gereinigte Bettfedern pr. Pfd. 40 Pf., Mt. 1.00, 1.50, 2.00, 2.60, 3.00, 3.50, 4.50, 5.50 und 7.00. 3978

Fertige Betten

Mt. 11.50, 20.40, 25.00, 30.00 bis 150.00

Otto Kaphengst Bettfedern-Berufshaus Magdeburg-S. Muster franco.



Trauer-Hüte

Blusen, Kostümröcke Kreppe, Flore etc. in grösster Auswahl

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Gegr. 1881

HAUS

Apfelstr. 16

Adolph Michaelis

Stärke-Versteigerer

Prinzipal-Lieferant



Elfenbein-Seife

Marke „Elefant“ von Günther & Haussner Chemnitz-Kappel. In fast allen Material-, Drogen- und Seifen-Geschäften zu haben.

Trotzdem

ich auf Teilzahlung verlanke, offeriere ich: acht silberne Taschen-Uhren von 15 K an, Wecker-Uhren von 3 K an, Wand-Uhren von 10 K an. Versand auch nach außerhalb. Bestellung per Postkarte genügt. Keine Anzahlung. Abholung von 1901 p. Woche an. Reparaturen prompt u. billig.

Uhrenhandlung

M. Neustadt, Nikolaistraße 4 Sudenburg, Lamsdorferweg 4 p.

Kinderstühle



4112 in großer Auswahl - liegt bei

J. Brilles

Spezial, Sünderstraße 118.

Heute und folgende Tage verkaufe ich

Schwertfegerstraße 14

große Posten moderner Herren-Jacketanzüge, Rockanzüge, Gehrock-Anzüge, Jünglingsanzüge, Knabenanzüge, einzelne Jacketts, Hosen u. Westen, sämtliche Arbeitergarderobe sowie große Posten

Schuhwaren aller Art

für Herren, Damen u. Kinder zu außergewöhnlich billigen Preisen

B. Wolff, Schwertfegerstraße 14.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke: Schwan

ist das beste, sparsamste, im Gebrauch billigste Waschmittel!

Zu haben in allen besseren Geschäften.



Wenig gebrauchte Nähmaschinen zum Preise von 25-60 Mt.

Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264

(Scharnhorstplatz). Seitest. seit 1865 best. Geschäft dies. Branche. Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 576



Wirklich Sparsame Hausfrauen kaufen nur „Mohra“ in Karton!

Otto Lehmann

Sudenburg Rottersdorferstr. 112 Spezialgeschäft für Wäsche 3850

Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen Fertige Betten

Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen - Von Dr. Christoph. - Rasch in Gebirgen, Buchhütten, auf Bootplätzen vorhanden sein.

Heft 2. Das erste Lebensjahr - Von Dr. Silberstein. - Jeder jungen Mutter zur Anschauung zu empfehlen.

Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems - Von Dr. Fischel. - Der seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.

Heft 4. Der Achtstundentag - Von Dr. Jodel. - Eine ausführliche Begründung der sozialdemokratischen Forderungen.

Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse - Von Dr. Fischel. - Eine empfehlenswerte Agitations-Vorlesung.

Heft 6. Das Schulkind - Von Dr. Silberstein. - Die Kinder der Schulzeit heilen können, ist Zweck des Buches.

Heft 7. Geschlechtsverkehr und Krankheiten - Von Dr. Gebert. - Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8. Nahrung und Ernährung - Von Dr. Unger. - Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.

Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? - Von Dr. Paul Berner.

Jedes Heft kostet 20 Pf.

Buchhandlung Volksstimme 49

Die deutsche Lehrerverammlung.

Als in der Pfingstwoche 1904 die letzte deutsche Lehrerverammlung in Königsberg tagte, hatte wenige Wochen zuvor das berühmte Schulkompromiß in Preußen das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Nun in der begonnenen Pfingstwoche der Kongress der deutschen Volksschullehrerschaft zum erstenmal wieder zusammengetreten, ist das auf der Grundlage jenes Kompromisses vom preussischen Dreiklassenparlament beschlossene Schulgesetz gerade eine Woche alt.

Die Königsberger Lehrerverammlung hat es leider verabsäumt, sofort durch eine prägnante und unzweideutige Stellungnahme über das damals in den ersten Grundzügen aufgestellte Schulverfassungsjahrprojekt ein klares Urteil zu sprechen. Sie begnügte sich damit, den Zweigvereinen des Deutschen Lehrervereins als Verhandlungsthema für die nächsten zwei Jahre und damit zur Vorbereitung für eine Beschlusfassung auf der Münchner Lehrerverammlung „die Simultanschule“ zu überweisen. Wahrscheinlich hoffte man, dadurch eine möglichst weitreichende und zugleich wirkungsvolle Protestbewegung innerhalb der Lehrerschaft gegen die geplante Konfessionsschule ins Leben zu rufen. Abgesehen davon, daß dieser Zweck nur zum Teil erreicht worden ist, war auch die Forderung der Simultanschule von vornherein eine Halbheit, eine Konzession an die traditionelle „religiös-sittliche“ Grundlage der Volksschule.

Weit mehr als der Anstoß der Königsberger Lehrerverammlung in bezug auf die Simultanschule hat der ein Jahr später von der bremischen Lehrerschaft in die pädagogische und politische Welt hinausgeschmetterte Westruf zugunsten der rein weltlichen Schule die Gemüter in Bewegung versetzt und die Diskussion dieser bedeutungsvollen Schulfrage belebt. Das war ein neuer Ton in der pädagogischen Welt Deutschlands; für zahlreiche Lehrer in allen Bundesstaaten, auch in Preußen, bedeutete er das erlösende Wort oder die „befreiende Tat“, wie sich der Leipziger Lehrerverein ausgedrückt hat; für die große Mehrheit der Lehrerschaft freilich haben die bremischen Lehrer mit ihrer Forderung der Abschaffung des Religionsunterrichts eine unerhörte Tat begangen, einen nahezu frevelhaften Umsturz aller herkömmlichen Schulgrundsätze, der vielen pädagogischen Staatsmännchen, auch denjenigen liberaler Couleur, um so weniger Freude gemacht hat, als die deutsche Sozialdemokratie ihren unverhohlenen Beifall über das mutige Bekenntnis der bremischen Lehrer bekundete. Nur die hamburgischen Lehrer, die stets in den vordersten Reihen gekämpft haben, stellten sich auch in dieser Frage geschlossen und rückhaltlos an die Seite ihrer Kollegen aus der benachbarten Hansestadt.

Die vorsichtigen Führer der deutschen Lehrerschaft dagegen sind höchst ungehalten über den bremischen Radikalismus. Sie glauben trotz jahrzehntelanger Enttäuschungen auch in dieser Frage durch rechnungsträgerische Zurückhaltung eher zum Ziele zu gelangen. Wie sie in Königsberg die Forderung der „allgemeinen Volksschule“ schließlich aus tatsächlichen und praktischen Erwägungen auf die Forderung der Beseitigung der Vorschulen reduziert haben, so hoffen sie die Befreiung der Schule von der Kirche eher zu erlangen, wenn sie die ganze Forderung Stückweise einzuhandeln versuchen und zunächst einmal die Simultanschule an Stelle der Konfessionsschule verlangen.

Wie völlig irrig diese taktischen Klugheitsmaßregeln sind, beweist mit geradezu niedererschütternder Deutlichkeit der Verlauf des Schulkampfes in Preußen. Das neue Schulgesetz hatte gerade den Zweck, der Ausbreitung der Simultanschule einen Riegel vorzuschieben und die Konfessionsschule überall als die Regel einzusetzen. Die noch so unermüdete Gegenarbeit der liberalen Lehrerschaft hat auf die reaktionäre Landtagsmehrheit nicht den geringsten Eindruck gemacht. Sie wollte die Schulverschlechterung aus Prinzip — demgegenüber war jedes Wort des Entgegenkommens, jede vermittelnde Tätigkeit so nutzlos wie unklug. Gegen die Reaktion aus Prinzip nützt nur die unbeugsame und grundsätzliche Opposition aus Prinzip, und darum war die von Bremen ausgehende Forderung der Abschaffung des Religionsunterrichts überhaupt und die sich daran anknüpfende Debatte ein weit empfindlicherer Schlag gegen die preussische Schulreaktion, als die noch so fleißige Propaganda der liberalen Lehrerschaft für die Simultanschule.

Solange man den Religionsunterricht überhaupt noch in der Schule beläßt — so argumentieren die bremischen Lehrer —, ganz gleich, ob in simultaner oder konfessioneller Form, ganz gleich auch, ob in Konfessions- oder in Simultanschulen, solange räumt man der Kirche ein Mitbestimmungsrecht auf die Schulangelegenheiten ein. Es handelt sich beim Religionsunterricht um eine Angelegenheit, für die die Kirche beziehungsweise die Konfessionen in letzter Linie die zuständigen und entscheidenden Instanzen sind. Will man der Kirche jedes Einpruchsrecht in Schulfragen nehmen, so übergebe man ihr den Religionsunterricht völlig zur Behandlung auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Schule kann ihre Aufgaben, auch in sittlicher Beziehung, ohne Zuhilfenahme des Religionsunterrichts erfüllen; sie erspart dadurch aber viele kostbare Zeit und Kindern und Lehrern zugleich viele Schmerzen und Unannehmlichkeiten.

Die bremischen Lehrer werden ihre Ansichten in der Münchner Lehrerverammlung durch den berufensten unter ihnen, durch den Lehrer Holzmeier, den Verfasser der Denkschrift gegen den Religionsunterricht, zum Ausdruck bringen. Die zweite Angelegenheit, über die in einer Hauptversammlung des Münchner Lehrerkongresses beraten und entschieden werden soll, ist die Lehrereinnahmefrage. Auch hierüber haben sich die Zweigvereine, die pädagogische Presse und sonstige Instanzen im Laufe des letzten Jahres vielfach ausgesprochen. Leider wird von den tonangebenden Elementen im Deutschen Lehrerverein auch in dieser Frage gebremst. Man hat sich fast nirgends grundsätzlich auf den Standpunkt der völligen Gleichstellung von Mann und Frau gestellt. Nur vereinzelte Lehrerkorporationen, darunter wiederum die Hamburger und Bremer, sind an diese Frage nicht mit offenem oder verhülltem Konkurrenzneid, oder mit den Scheuklappen einer längst überholten Tradition herangeraten, sondern betrachten sie mit den Augen moderner und fortschrittlicher Sozialpolitiker. Aller Zwang gegen die Lehrerinnen ist vom Uebel, man behandle sie wie die Lehrer in der Ausbildung und in der Besoldung, in den Rechten und in den Pflichten. Dann wird sich von selbst ergeben, ob sich die Frau für den Lehrberuf eignet und für welche Altersstufe, für welches Geschlecht, für welche besonderen Unterrichtszweige sie im besondern erzieherisch befähigt ist. Keine künstlichen Schranken sollen der Lehrerin errichtet werden, nur weil sie ein Weib und kein Mann ist. Die Thesen des für München

vorgesehenen Referats über die Lehrerinnenfrage lassen leider diese Grundsätze vermissen.

Nach alter Sitte wird den beiden eigentlichen Verhandlungsgegenständen ein Vortrag vorhergehen, der mehr Stimmungscharakter trägt. In diesem Jahre wird der Straßburger Universitätsprofessor Theobald Ziegler, ein bewährter Freund der Volksschullehrerschaft und ihrer Bestrebungen, über „Die deutsche Volksschule im Anfang des 20. Jahrhunderts“ reden. Außerdem werden zahlreiche fachwissenschaftliche Vorträge in Nebenversammlungen stattfinden, die für die Öffentlichkeit nur in beschränktem Maße Interesse haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Friede in der Dresdner Metallindustrie. Endlich nach langwierigen Verhandlungen hat auch die Firma Seidel u. Raumann auf die von ihr gestellten unwürdigen Bedingungen verzichtet, unter denen die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen sollte. Die ausgesperrten Arbeiter sollten sich einem aus Arbeitswilligen zusammengesetzten Arbeiterausschuß unterstellen und geduldig warten, bis man sie durch Postkarte gnädigt zur Arbeit berief. Die Aussperrten beantworteten die Provokation mit geschlossenem Aussehen im Kampfe, erklärten sich aber zu Verhandlungen bereit. Noch immer kränkte sich die Direktion. Die Postkarten wurden verschickt, aber die Geladenen blieben aus. Da bequimte sich auch die Firma zu Verhandlungen und Konzessionen. Die Wahl eines neuen Arbeiterausschusses wurde bewilligt, auf die Auslese der Arbeiter durch Postkarten-Einladung verzichtete man. Man wollte sich dazu verstehen, „alle geeigneten Arbeiter nach und nach wieder einzustellen“. Man trich schließlich auch das veräbterische Wort „geeignete“. Aber eine Versammlung der Aussperrten, die am Freitag tagte, erklärte die Zugeständnisse für ungenügend. Man verlangte abteilungsweise Wiederaufnahme der Arbeit innerhalb acht Tagen und außerdem befriedigende Zugeständnisse über die Beilegung des Ausstandes in der Auffiger Filiale der Firma, wo 16 Arbeiter sich mit den Aussperrten solidarisch erklärt hatten. Darauf ist Sonnabend vormittag wieder verhandelt worden. Da hat die Direktion abteilungsweise Wiederaufnahme der Arbeit zugestanden und bestimmt erklärt: Alle ausgesperrten Arbeiter sollen innerhalb 14 Tagen wieder auf ihre alten Plätze kommen. Nur in einzelnen Fällen könnten technische Schwierigkeiten wegen einzelner Arbeiter noch zirka 15 oder 16 Tage warten müssen. Die Arbeiter der Auffiger Filiale sollen wieder eingestellt werden; im Falle die Filiale ganz geschlossen wird, sollen die 16 Fabrikarbeiter, um die es sich hier handelt, in die Dresdner Fabrik eingestellt werden. Das sind die hauptsächlichsten Vereinbarungen, die man getroffen hat. Die Versammlung der Aussperrten stimmte gegen eine Stimme den getroffenen Vereinbarungen zu. Dieser Beschluß bedeutet den Frieden in der Dresdner Metallindustrie. Glänzend hat die organisierte Metallarbeiterchaft den Vieftentkampf geführt. Mit seltener Geschlossenheit und Einmütigkeit sind alle Maßregelungsversuche bei Wiederaufnahme der Arbeit zurückgewiesen worden. Als Sieger behaupten die organisierten Metallarbeiter nach neunwöchigem schweren Kampfe das Feld. Aus dem Ausgang dieser Lohnbewegung werden hoffentlich die Schatzmacher in der Metallindustrie die nötigen Lehren entnehmen.

Lohnbewegungen und Streiks im In- und Ausland. Der Dortmund-er Magistrat beschloß die Entlassung des streikenden Straßenbahner, da die Verhandlungen ergebnislos geblieben sind. Auf den Hauptstreifen verkehren einige Wagen. — Der Streik im Bangerbe in Hirschberg ist nach neunwöchiger Dauer beendet. — Am Sonnabend haben in Wien 1700 Arbeiter des Baugewerks 22 000 Gehilfen ausgesperrt. Mit den Maurern, die bereits im vorigen Monat ausgesperrt wurden, beträgt die Zahl der ausgesperrten Arbeiter 45 000.

Amerikanische Streiks. Wie aus Arizona gemeldet wird, sind die Bergarbeiter der Greene Consolidated Copper Mines in Canaba in Mexiko wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Nach einem Kampfe bemächtigten sich die Bergleute der Mine, wobei eine Anzahl Personen, über 50 und zumeist Mexitaner, getötet wurden. Viele Verwundungen sind an den Grubenanlagen angerichtet worden. Mexitanische Truppen sind nach dem Gruben admarciert.

Femiletton.

Zwei Welten.

Im Schnellzug.

Von Swan Rajahwin. Deutsch von Julie Goldbaum.
(Fortsetzung.)

Die Fröhlichkeit und Heiterkeit verschwanden sofort von den Gesichtern der Reisenden; sie schienen sich zu schämen und gleichzeitig sich über dieses Leid, welches ihre Ruhe gestört hatte, zu ärgern; sie waren nach dem beim Roulettspiel verbrachten Tage so müde. Und hier diese Tränen.

„Ja, was haben Sie denn? Sind Sie krank?“ wiederholten sie ungeduldig, das in seelischer Qual sich windende Mädchen betrachtend.

„O, poverina, poverina!“ (Arme!) rief diese in italienischer Sprache mit schmerzlicher Stimme und das Schluchzen entzang sich mit verdoppelter Gewalt ihrer Brust, welche sich unter dem schwarzen Wolltuch heftig bewegte.

Allen wurde es noch peinlicher, sie kamen sich, sie mußten nicht weshalb, schuldig vor, und dieses Gefühl drückte sie. Daß sie gerade in diesen Wagen hatten einsteigen müssen — der ganze Zug war gewiß leer. In den Herzen der Frauen rührten sich nichtsdestoweniger Erbarmen und Mitleid.

„Weshalb weinen Sie? ... Vielleicht könnte man Ihnen helfen?“ wiederholten sie.

„Sagen Sie uns doch, was Ihnen fehlt?“ Die Stationerin überwand sich; sie nahm das ganz nasse Taschentuch von ihrem durch den Schmerz verzerrten jungen Gesicht mit den großen strahlenden Augen, die jetzt den Augen eines zu Tode verwundeten Rehers ähnelten: so viel brennenden Schmerzes, leidenschaftlichen Protestes gegen eine ganz ungerechte Grausamkeit des Lebens lag in ihnen. Sie blinzelte unter Tränen auf die über sie gebeugten Gesichter und las in ihnen dieselbe Frage.

„Meine ... Mutter ... stirbt,“ sagte sie stoßweise mit erstickter Stimme und begann von neuem zu weinen. Keiner verstand sie, denn die italienische Sprache war

ihnen fremd, bloß an dem Klange ihrer Stimme errieten sie, daß ihr ein großes Unglück widerfahren sei.

Sie schluchzte, sie aber standen stumm und unbeweglich neben ihr; jetzt hatten sie keine Lust mehr, weder von der Nacht noch von der Roulette oder von Korfika zu sprechen — sie hätten am liebsten den Wagen gleich verlassen mögen, denn der Anblick dieser schluchzenden Frau regte sie um so mehr auf, als sie nicht wußten, welches Leid ihr zugestoßen und wodurch ihr zu helfen sei.

Sie aber schluchzte und schluchzte. Ihr Schmerz drängte sich hinaus aus ihrer wunden Seele, sie wollte einem jeden davon erzählen, damit jeder wissen solle, wie ungerecht man verzehe, da man ihr ihre Mutter wegnehme. Vielleicht wußte sie einige jener Worte des Trostes und der Teilnahme hören, jener guten Worte, welche die wunde Seele so süß und tröstlich machen und die auf der Brust brennenden Tränen leichter fließen machen. Und jetzt begann sie heftig, unruhig zu schluchzen mit abgebrochener Stimme und leidenschaftlicher, zorniger Betonung:

„O, poverina, poverina! ... Sie stirbt! ... Der Arzt sagte es mir ja damals noch, daß sie, wenn die Krankheit noch einmal wiederkehren sollte, verloren sei. ... Nun, sie ist wiedergekehrt. ... O Santa Madonna, was werde ich jetzt anfangen? Arme Mama, arme! ... Werde ich sie noch am Leben antreffen? ... Heute bei der Arbeit ... ich arbeite in den Weingärten ... kommt der Befehl mit einem Telegramm. ... „Santuzza, Deine Mutter liegt im Sterben,“ sagte er, „sie wünscht Dich noch einmal zu sehen.“ ... Meine Füße sind mir vor Schreck eingeknickt. ... Ich bin, so rasch ich konnte, nach Hause gerannt, habe einige Sachen genommen und bin auf den Bahnhof gelaufen. ... Es war schon spät abends. ... Ich frage nach einem Zuge. ... Man sagt mir, nur dieser sei geblieben, treno di lusso. ... Sonst müßte ich bis morgen warten. ... Ah! Was sollte ich tun?“

Sie betrachtete mit einem langen Blick die Gesichter der Umstehenden, als wollte sie sie zu Zeugen oder eher noch zu Mitfühlgenden an dieser neuen Ungerechtigkeit machen. Sie aber verstanden kein Wort von dem, was sie sprach,

und fühlten sich sehr peinlich berührt: sie konnten doch nicht gleichgültige Zuschauer bleiben, denn, das war augenscheinlich, sie suchte bei ihnen Teilnahme; diese Teilnahme aber konnten sie nicht zum Ausdruck bringen, da sie nicht wußten, um was es sich handle. Das Mädchen aber, ganz überwältigt von seinem Schmerz, bemerkte die Unabulichkeit ihres Schweigens und die sich auf ihren Gesichtern malende Verlegenheit nicht.

„Bis morgen warten! ... Wie?“ fuhr sie aufgeregt und noch immer schluchzend fort. „Und wenn Mama unterdessen sterben sollte und wir würden uns nie wieder sehen, was dann? Warten! Sie haben gut reden. ... Nein, habe ich gesagt, ich kann nicht warten, geben Sie mir eine Fahrkarte, ich werde mit diesem Zuge fahren. ... Wohin wollen Sie?“ werde ich gefragt. ... „Nach Pistoja!“ jage ich. — „Dieser Zug geht bloß bis Genua, dort müssen Sie umsteigen,“ antwortete man mir. — „Einerlei,“ jage ich, „geben Sie mir eine Fahrkarte nach Genua.“ — „Bitte,“ jagt man mir, „achtundzwanzig Frank!“ — „Wie?“ jage ich, „achtundzwanzig? Ich habe ja im ganzen bloß einunddreißig Frank! ... Wie werde ich von Genua weiterfahren? Bis Pistoja ist ja noch ein weiter Weg. ... Und dann ... Vielleicht hat meine Mama zu Hause gar kein Geld, womit werde ich sie beerdigen? Was?“ ... „Wir können nichts machen. ...“ jagen sie mir. — „Nun? Und ich? Kann ich etwas tun? Ich frage Sie?“

Sie hatte in der Enttäufung, mit welcher sie von den Leuten sprach, welche ihr keine Fahrtermäßigung zu ihrer sterbenden Mutter gewähren wollten, zu weinen aufgehört. Ihr Gesicht hatte sich gerötet. Ihre Augen brannten, sie bewegte heftig die Hände.

Sie können nicht! ... Was sagen Sie dazu? ... Um achtundvierzig Frank muß ich einen ganzen Monat von Tagesanbruch bis Sonnenuntergang arbeiten und Ihnen soll ich so viel zahlen, um drei Stunden in Ihrem Zuge zu bringen zu dürfen! ... Ich bin ja doch keine Signora, ich mache keine Vergnügungstouren, ich fahre zu meiner Mutter. ... Da ist es, das Telegramm. ... „Wir können nichts tun,“ wiederholen sie, „warten Sie bis morgen früh,

um wieder Ordnung zu schaffen. Auch amerikanische Truppen sollen abgezogen werden. Bismarck soll pflegt es ja zuzugehen, wenn in den amerikanischen Bergwerksdistrikten, besonders in Texas, Mexiko und Colorado gestreift wird. Aber die Geschichte mit den 50 Toten ist wohl doch eine Lügengeschichte, die ja zu jedem amerikanischen Ereignis gehört.

Ein Generalkrieg in Lemesbar. Die Arbeiterchaft von Lemesbar hat in wenigen Stunden einen schönen Sieg über die Unternehmer errungen. Die dortigen Bauhilfsarbeiter hatten vor ungefähr 5 Wochen an die Unternehmer das Verlangen gestellt, ihre geringen Löhne um täglich 10 bis 15 Kreuzer zu erhöhen. Sie wurden aber von den Unternehmern rund abgewiesen. Darauf stellten ungefähr 900 Tagelöhner die Arbeit ein, worauf die Unternehmer mit der Ausfuhrung von 800 Bauarbeitern antworteten. Bei den darauf folgenden Verhandlungen stellten die Unternehmer an die Arbeiterchaft provokatorische Forderungen, u. a. sollten die Bauarbeiter den Sekretär ihres Verbandes entlassen. Die Unterhandlungen scheiterten natürlich, was die Unternehmer auch wollten, denn sie beabsichtigten, die in Lemesbar sich gut entwickelnden Organisationen der Arbeiter mit einem Schläge zu vernichten. Die Arbeiter partierten nun diesen Schlag mit der Proklamierung des Generalkrieges. In wenigen Stunden waren außer den Bauarbeitern die Holzarbeiter, Metallarbeiter, die Straßenbahner, Bäcker usw., insgesamt 14000 Mann, ausständig. Die Forderungen zogen durch die Stadt. Man bot Militär gegen sie auf; der Offizier war aber einflussvoller als die Unternehmer und so kam es nicht zu Blutvergießen. Schließlich mußten die Unternehmer dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben. Der Friede wurde geschlossen und sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Verbot gewerkschaftlicher Tätigkeit durch Gerichtsentcheid. Wir haben am Sonnabend die Erklärung des Vorstandes des Genesfelderbundes wiedergegeben, woraus hervorgeht, daß ein Gerichtsurteil dem Bunde — gerade jetzt, wo 3000 seiner Mitglieder ausgepeert worden sind — verbietet, gewerkschaftliche Tätigkeit auszuüben. Die Folge dieses Beschlusses ist natürlich, daß der Vorstand von dem mehr als eine halbe Million Mark betragenden Verbandsvermögen keine Ausprägungunterstützung zahlen darf. Damit ist aber die Bewegung nicht gelähmt, wie die glaubten, die den Beschluß provozierten. Es gibt Auswege aus der misslichen Situation und die Lithographen haben sie beschritten. Aber interessant ist der Fall doch, weshalb wir seine Vorgeschichte wiedergeben: Bis zum Jahre 1905 befanden sich als selbständige, voneinander vollständig unabhängige Organisationen der Zentralverband der Lithographen und Steinbildner Deutschlands (Gewerkschaft) und der Genesfelderbund (nur Unterstützungsverein). Zum großen Teil waren ein und dieselben Personen Mitglieder beider Vereine. Diese Tatsache sowohl, als auch die finanziell ungaltenbare Position des Genesfelderbundes, vor allem aber die wirtschaftliche Entwicklung und der Zusammenschluß der Unternehmer wurde Anlaß zu einer Urabstimmung im Genesfelderbunde, die sich mit knapper Majorität für die Verschmelzung mit der Gewerkschaft aussprach. Erst die Bundes-Generalversammlung in Berlin zu Ostern 1905 beschloß mit 42 gegen 3 Stimmen die Verschmelzung. Hiergegen strengten nun 31 Mitglieder des Genesfelderbundes eine Klage beim Landgericht in Frankfurt a. M. an und motivierten sie damit, daß sie sich in Lebensstellungen befänden, also niemals von der Gewerkschaft Vorrechte haben würden, daß sie überhaupt nicht mit den Gewerkschaftsprinzipien einverstanden seien und deshalb beantragten sie die Ungültigkeitserklärung dieses Verschmelzungsbeschlusses der Generalversammlung. Diese 31 Mitglieder, die sich der Unterfertigung einer Kundgebung, des Lithographenbundes, sowie vor allem der Mitgliedschaft des nationalsozialen Gewerkschaftsführers Tischendorf entgegen setzten, hatten mit ihrer Klage Erfolg, auch in der zweiten Instanz. Die Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. hat dem Verbandsvorstand des Genesfelderbundes jede gewerkschaftliche Tätigkeit und die Auszahlung der Streikunterstützung untersagt.

Die abgehackte Hand. Justizrat Ramroth, der Rechtsbeistand des Arbeiters Biewald, dem am Abend des 19. April von einem bisher nicht ermittelten Schupmann die linke Hand abgeschlagen wurde, wußte der „Dresd. Ztg.“ zufolge gegen den Dresdener Magistrat auf Grund des preussischen „Tumultgesetzes“ vom 11. März 1850 Klage auf Zahlung einer lebenslänglichen Rente und einer nachmaligen einmaligen Entschädigung an Biewald einreichen. Wie die Klage ausgeht, darauf darf man mit Recht sehr gespannt sein.

R. Bei der Gewerkschaftswahl in Stuttgart. die zum erstenmal nach dem Verhältnissystem erfolgte, wurden für den Wahlvorsitz der vereinigten Gewerkschaften 8660, für den Wahlvorsitz der christlich-nationalen Arbeiterchaft 334 Stimmabgaben. Auf den Wahlvorsitz der vereinigten Gewerkschaften entfielen 27 Stimmen, auf den der christlich-nationalen Arbeiterchaft 3 Stimmen. Dieser verhängte die freien Gewerkschaften über sämtliche 30 Sitze. Der Ausschluß wurde wieder angefochten durch Aufstellung eines freien Wahlvorschlages für die Arbeitgeber bei solchen von Zuschauern der modernen Arbeiterbewegung. Dieser Wahlvorsatz erzielte bei der Wahl der Arbeitgeber 155 Stimmen mit 6 Stimmen. Der gewerkschaftliche Wahlvorsatz erreichte 652 Stimmen mit 24 Stimmen.

Au die bangewerblichen Arbeiter Deutschlands!

Werte Genossen!
Seit einem Jahrzehnt stehen wir im ersten Kampf um die Erringung eines besseren Arbeiterschutzes bei Bauten. Die beschiedenen früheren Erfolge, welche durch den Einsatz von behördlichen Schutzvorschriften z. z. dokumentieren sind, geben auf dem Gebiet des Unfall-schutzes nur in sehr bescheidener Art eingewirkt. Und gerade hierbei machen wir die Wahrnehmung, daß jeder minimale Rückgang der bangewerblichen Unfallzahlen für die Behörden und Unternehmer als Argumente benutzt werden, den weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes zu verschleppen oder abzulehnen. Die Unternehmerorganisationen, und hier besonders der „Arbeitgeberbund des Bangewerbes“, haben in den letzten Jahren mit Hochdruck verstanden, die gesetzgebenden Faktoren durch Petitionen und andere Machinationen zu beeinflussen. Ganz besonders richtet sich die Bewegung der Unternehmer gegen unsere Forderung „in betreff der Bauarbeiterkontrollen und des reichsgewerblichen Bauarbeiter-schutzes“. Mit stibolter Unerschrockenheit wird von den Unternehmern in den Eingaben an die Behörden der Standpunkt vertreten, daß die Arbeiter durch Reichtum und Gleichgültigkeit selbst die Unfälle herbeiführen und so auch selbst schuld an dem Bestehen der Mißstände auf Bauten sind. Zu alledem hat ein Teil der Bundesregierungen unter dem Hinweis auf die zu erwartende reichsgewerbliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes ein beschördliches Ein-greifen vorderhand abgelehnt, und andererseits sehen wir, daß die übrigen Regierungen sich wenig bemühen, ihren Schutzvorschriften eine wahr-nehmbar Wirkung zu verschaffen. Wenn nun auch hierdurch eine solche oberflächliche Darstellung der Unfallursachen wenig Beachtung verdient, so darf doch nicht verkant werden, daß die Unternehmer einen be-deutenden Einfluß auf die Gestaltung dieser Gesetzgebung zur Geltung bringen können. Um so mehr dürfen wir uns dieser Einsicht nicht verschließen, wo wir an der Hand der Erfahrungen wissen, welche Folgen ein derartiges Vorgehen der Unternehmer für die Lebensver-hältnisse der Arbeiter haben muß. Um nun dem entgegenzutreten, hat die Zentralkommission beschlossen: eine allgemeine außeror-dentliche Erhebung über die Mißstände bei den Bauarbeiten in betreff des Unfall- und sittlich-san-itären Schutzes, in der Zeit

vom 15. bis 30. Juni dieses Jahres

durchzuführen. Die zu diesem Zwecke benötigten Fragebogen werden von der Zentralkommission unentgeltlich geliefert; des-gleichen die Formulare zur Zusammenstellung des Erhebungsergebnisses. Diese Kontrolle wird in der gewissenhaftesten Art durchgeführt werden müssen, um so mehr, wo das Resultat von seiten der Zentralkommission in einer übersichtlichen Darstellung der Reichsregierung, den Regierungen der Bundesstaaten und den höheren Verwaltungsbehörden zur Kenntnis-nahme übermitteln werden soll. Aber ganz besonders wird es die Aufgabe der Lokalkommissionen und Vertrauenspersonen sein müssen, die behördlichen Bauten zum Gegenstand von Erhebungen zu machen. Die über alles standalösen Vorgänge der letzten Jahre bei diesen Betrieben und hier im Vordergrund bei den Bauten von Eisen-konstruktionen (Eisenbahnstationen z.) erfordern ein derartiges Vorgehen. Es wird hierbei auch zu beachten sein, inwiefern durch den Mangel an Menschenkraft in diesen Betrieben eine Gefahr für den Personen- und Sachverkehr festzustellen ist. Die ausführenden Unternehmer dieser Submissionsarbeiten, die so durchweg dem „Eisen- und Stahlindustri-“ angehören, glauben zum Vorteil ihres Profits ein unbefchränktes Monopol zum willkürlichen Verbrauch von Arbeiter-Leben und Ge-sundheit zu besitzen. Dem entgegenzutreten, betrachtet die Zentral-kommission als ihre erste Aufgabe.

Arbeitsgenossen! Ueberzeugt von der Bedeutung und dem Wert dieses Vorgehens, werdet ihr den an euch gestellten Anforderungen trotz aller Aufregung der Unternehmer Rechnung tragen. Um die Weiter-entwicklung des Arbeiterschutzes im Bangewerbe freizumachen von bürokratischen Bevormundung und Unternehmeranmaßung bedarf es immer wieder unseres tatkräftigen Eingreifens und unermüd-licher Arbeit. Im Erfolg liegt der Lohn und die Anerkennung. Die besseren Arbeitsverhältnisse werden dazu beitragen, das Leben der Arbeiter mit mehr Zufriedenheit zu erfüllen; das überhaupt muß das unverrückbare Ziel der Bauarbeiter-schutzbewegung sein!
Hamburg, im Mai 1906.

Mit Gruß
Die Zentralkommission für Bauarbeiter-schutz.
NB. Alle Briefe und Sendungen z. für die Zentralkommission sind an G. Heine, Hamburg 7, Reienbinderhof 56, 2. Et., zu richten.

Vierte Generalversammlung des Verbandes städtischer Arbeiter.

h. Mainz, 1. Juni.
Sechster Tag.
Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Die Einzelberatung er-gibt die wesentlichen Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand: Der Verband heißt: „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“. Der Sitz, der dem Verband auf politische und religiöse Neutralität fest-gelegt wird gezeichnet. Der wöchentliche Beitrag wird von 20 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder auf 35 beziehungs-weise 25 Pfg. erhöht, invalide Mitglieder zahlen 15 Pfg. Dafür wird

den eingeführt eine Erwerbslosen-Unterstützung. Die bisherigen Sätze für Gemäßigten-Unterstützung bleiben bestehen, es wird lediglich be-stimmt, daß sie in der Regel nicht länger als 13 Wochen bezogen werden soll. Betreffs der Streikunterstützung wird bestimmt, daß sie in-diglich nicht mehr als drei Viertel des bezogenen Lohnes betragen soll. Die bisherigen Sätze bleiben bestehen.

Beschlossen wird die Einrichtung einer Preßkommission. Deren Wahl soll die Filiale vornehmen, an deren Ort das Verbandsorgan erscheint. Ueber die Gewerkschaftspresse im allgemeinen entspinnt sich eine kurze Debatte. Ein Delegierter wünscht, die Gewerkschaftspresse möge sich mit den Parteiblättern nicht immer in den Sparen liegen, sondern einen verständlicheren Ton anschlagen. Gegen tritt diesen Ausführungen scharf entgegen und betont, daß die Gewerkschaftspresse doch keineswegs die Pflicht hat, sich alles gefallen zu lassen, sondern daß es auch hier heißt: Wie man in den Wald ruft, so hallt es wieder! — Weiter wird beschlossen: Die Zeitungskommission hat jederzeit das Recht, in Gemeinschaft mit Vorstand und Ausschuß mit $\frac{1}{2}$ -Majorität den Redakteur seines Amtes zu entheben, sofern sie die Ueberzeugung gewinnen, daß Haltung und Schreibweise des Organs den Interessen des Verbandes zuwider läuft.

Weiter wird ein umfangreiches Streitprogramm mit genauen Vor-schriften angenommen, zum Schluß des Gesamtsitzes.

Im Programm, welches gleichfalls neu durchberaten wird, wie u. a. der Abschlußvertrag verlangt, in Unternehmen mit ununterbrochenem Betrieb das Dreifachlohnsystem. Angestrichelt werden soll die Frei-gabe des 1. Mai.

Der Anknüpfung internationaler Beziehungen, die deutscherseits angeregt wird, stimmen die Vertreter von Frankreich und Holland zu, während der dänische Vertreter auf die internationalen Be-ziehungen der Generalkommission hinweist und sich ziemlich reserviert ausdrückt. Nach längerer Debatte wird folgende Resolution an-genommen:

„Der vierte Verbandstag in Mainz beauftragt den Vorstand, mit den Gemeindearbeiter-Organisationen der andern Länder inter-nationale Beziehungen anzuknüpfen und den Austausch des wesent-lichen Materials zu pflegen. Den einzelnen Landesorganisationen wird empfohlen, sich auf dem internationalen Kongreß 1907 zu Stuttgart vertreten zu lassen.“

Der nächste Verbandstag findet in Dresden statt. Der Vorstand wird beauftragt, nach und nach Gaubeamte anzustellen für Frankfurt, Pommern (Sitz Stettin), Weizsig, Elb-Elb-Elb, Königsberg und Magdeburg. — Für die Besoldungsverhältnisse der Beamten wird folgendes festgelegt: Hilfs-arbeiter 16—2100 Mark pro Jahr, Gaubeamte 21—2600 Mark, Vorstandsmitglieder 2400—3000 Mark. Die jährliche Steigerung beträgt 100 Mark. Die bisherige Tätigkeit kommt in Anrechnung. Alle Verbandsbeamten, auch die Ortsbeamten werden vom Hauptvorstand angestellt und bezahlt. Die Filialen haben das Mitbestimmungsrecht.

Der Sitz des Verbandsausschusses ist wiederum Hamburg. — Zur Klöhrfrage wird folgende Resolution angenommen:

„Die gegenwärtige Entwicklung beweist, daß sich in der Ar-beiterschaft immer mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, der übermäßige Alkoholgenuß bedeute eine schwere Gefahr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterklasse. — Der dritte Verbandstag des Gemeindearbeiterverbandes schließt sich dieser Mei-nung an und empfiehlt deshalb allen Verbandsfunktionären, bei den Mitgliedern diese Ueberzeugung zu befestigen.“

Zum Vorsitzenden des Verbandes wird Mohs gewählt mit 50 von 63 abgegebenen Stimmen, als Kassierer wird Mann einstimmig wiedergewählt. Zum Redakteur des Verbandsorgans wird Dittmer mit 39 Stimmen gewählt, Bürger, der ablehnte, erhielt 6 Stimmen. Zum Verbandssekretär (2. Vor.) wird Kiedel gewählt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstags erledigt.

Konferenz der Ziegeleiarbeiter Deutschlands.

Magdeburg, 8. Juni 1906.
Am Sonntag den 3. Juni, vormittags 11 Uhr, wurde im „Luisenpark“ die Konferenz der deutschen Ziegeleiarbeiter vom Ge-nossen Großmann = Magdeburg mit einem Willkommensgruß er-öffnet. Zur Leitung der Konferenz werden Großmann = Magdeburg und Kroll = Berlin bestimmt. Anwesend sind 36 De-legierte, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt werden. Zuerst-nem nehmen an den Verhandlungen teil: Für den Verband der Ziegeleiarbeiter A. Breh = Hannover, für den Verband der Bau- und Erdarbeiter B. H. H. = Hamburg und für den Verband der Köpfer Brunse = Berlin. Als Vertreter der Generalkommission ist Kroll = Berlin anwesend. Die Geschäftsführer der Ziegeleien Magdeburg der genannten Verbände nehmen den Verhandlungen ebenfalls teil. Nach Verlesung eines Sympathie-schreibens der über-reichlichen Ziegeleiarbeiter und Erledigung geschäftlicher Angelegen-heiten, als Festsetzung der Geschäftsordnung, Wahl der Mandat-brüfungskommission usw., wird in die Tagesordnung eingetreten. Zum 1. Punkt.

Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien

referiert Genosse Großmann = Magdeburg. An der Hand von einschlägigem Material schildert Redner in eingehender Weise das

„dann können Sie dritter Klasse fahren, das ist billiger...“
Und wenn meine Mutter einzuweisen fürht? Sie zucken mit den Köpfen und schweigen... Sind das Menschen...
ich frage Sie? Denken sie an Gott, was? Oder glauben sie, daß er sie nicht sieht?... Nun, denke ich, nehm eine achtundzwanzig Frank, vielleicht verläßt mich der liebe Gott dennoch nicht... Alle Menschen sind ja nicht so... Nun, so bin ich denn gefahren... Von Genoa fort es wieder zwölf Frank und ich habe bloß drei Frank... Was werde ich dort anfangen, wie werde ich weiterfahren?... Und dort fürht vielleicht schon meine Mama, poverina, und ruft mich... Ich bin ihre einzige... O, Santissima Madonna, was werde ich nur anfangen?... Ich hätte schon besser getan, bis zum Morgen zu warten!...
Sie lächelt und verfaßt in Nachdenken...
Ihre Begleiter lächeln auch; sie empfinden noch immer das selbe Gefühl von Vollkommenheit und Verlegenheit.
„Sie hat, mir scheint, jemand verloren“, jagte leise die niedliche Gabrielle.
„Ich habe nichts verstanden“, bemerkte mit einem schiefen Lächeln.
„Wohl nicht sollten wir ihr Geld geben?“ jagte fragend Blanche.
„Das schickt sich nicht“, erwiderte ihre Freundin.
„Jemand der Jüngeren ist gestorben und du willst ihr Geld anbieten... Das geht nicht...“
(Schluß folgt.)

Der Hund des Blinden.

Von Paul Ureux.
„Hör mich Herr...“
Ich merkte mich bei dem Namen, den eine zaghafte Stimme

„Gnädigsten Sie, mein Herr“, rief der alte Mann fort.
„Aber ich bin blind, und seit mehr als einer Stunde, die ich auf dieser Stelle stehe, sind Sie der erste, dessen Schritte ich auf dem Asphaltboden gehört habe.“
Er fragte mich, ob ich die Gegend kenne, und auf meine bejahende Antwort war er mich, ihn an den Ort zu führen, wo ge-rade mit Schlag belegte Wagen, Hunde usw. aufbewahrt werden.
Dieser Ort war in der Tat nicht weit.
Unverzüglich erzählte mir der Blinde sein Abenteuer. Er war von dem Boulevard (außerhalb Paris) oben die Blinden keinen andern Feind aus). Als er vor zwei Tagen mit seinem Hunde, welcher vor Tage die Fänge hängen ließ, spazieren ging, hatte er den Ge-bäude gewahrt, sich in einer beiseitigen Scheide zu erfrischen, wo man Wein, helser beiseitigen etwas nach Draußen schmeckt und nicht mehr ist, verläßt. „So arm war auch sein mag, darf man doch nicht haben, wenn man von früh bis spät von Haus zu Haus im Sturz der großen Straßen herumzucken muß.“
Ungeachtet dieser war er eingekerkert und Tagelunden hatten diese Gelegenheit benutzt, um die Leine des Hundes abzuschneiden und nach Hause zu führen. „Dann sie haben ihn weggeführt, mein Herr, ganz allein weggeführt; freudig hätte mich das Tier nicht verläßt, um ihnen zu folgen... Ein so guter Hund, mein Herr!... Ich zuckte ihn vorwärts aus Zorn, weil er manchmal eigenmächtig war, besonders weil er, wenn ich mit ihm irrte, sich in den Kopf legte, mich zu führen, wofür ich nicht danken wollte.“
Der Beschwehler hatte ihm erzählt, er habe drei rasche gefundene verdächtige Hunde gesehen, die wie nach einem schließlichen Entschluß, einen Hund zum Hund schickten. Und da der allein verdächtige Mann in Begleitung gerufen war, hatten ihn mitleidige Hande auf ihrem Wagen Platz gemacht. So bald er in die Stadt gekommen war, hatte er sich überall ein wenig umgesehen. Schließlich erzählte ihm Herr, daß ein abgeschickter Hund ohne Halsband, der ganz wie der Hund eines Blinden ausjah, in den Straßen herumzuckte. Er hatte so Bourriquet seit zwei

Tagen, und da sich Bourriquet nirgends fand, hatte ihm jemand den Rat gegeben, sich an den Ort zu wenden, wo von Seite des Gerichts mit Beschlag belegte Gegenstände aufbewahrt und herrren-lose Hunde untergebracht werden. „Ich mußte nichts davon, mein Herr; wie es scheint, ist es ein Ort, wo man verlaufene Hunde ein-sperrt. Man tötet sie — begreifen Sie das —, wenn sie nicht binnen vierundzwanzig Stunden reklamiert werden. Wenn nur Bourriquet nicht seit gestern eingesperrt ist. Aber Bourriquet ist schlau, er kennt nur mich und der Kerl wird sich nicht so schnell fangen lassen haben.“

Der Blinde ging weiter, indem er fortwährend sprach und seinen Schmerz zu betäuben suchte; aber ich sah, daß er innerlich sehr unruhig wegen Bourriquets Schicksal war.

Je näher wir dem Ziele kamen, desto erregter wurden seine Worte, und als ich stehen blieb und sagte: „Hier ist es,“ wurde er ganz blaß.

Dieses Gebäude war düster und sein Anblick hätte den armen Mann sicher in Verzweiflung gebracht, wenn er es gesehen haben würde.

Auf dem Tore las man die Aufschrift in schwarzen Buch-staben.
Man behauptet, daß die Hunde, wenn sie hierher kommen, ihren Tod ahnen.

Wir läuteten; ein Diener mit einer mit Worten besetzten Kappe machte uns auf. Er erkannte mich und war sofort liebens-würdig.

„Ein Hund eines Blinden, mit glattgeschorenem Leibe und einem haarbüchel am Ende des Schwanzes. Nein, ich erinnere mich nicht an den Hund des Blinden... Aber man kann immer-hin sehen; Sie verstehen, es kommen uns so viele zu. Die Be-sehle sind seit einigen Tagen wegen der Hundswut sehr streng ge-worden.“ Und lächelnd führte er uns in eine Ecke des Hofes, wo in einem Hundestall mit Latenverschlag einige noch nicht reklamier-te Hunde ihr Schicksal erwarteten.

Glend, in dem sich die Ziegeleiarbeiter und -arbeiterinnen, sowie auch die in diesem Gewerbe beschäftigten jugendlichen Arbeitskräfte heiderlei Geschlechts befinden. Unter den in Deutschland beschäftigten über 200 000 Arbeitern in der Ziegeleiindustrie sind 18 000 jugendliche weibliche Personen, ferner 1168 jugendliche männliche, 7071 gab ein Bild von der Umwälzung, die sich auch in den Ziegeleibetrieben von der Handarbeit bis zur Einführung der Maschinen durch Maschinen vollzogen hat. Zurzeit werden 60 Prozent der hergestellten Steine durch Maschinen gefertigt. Auch das Brennen der Steine sowie die Transportmittel auf den Ziegeleien haben sich gegen früher bedeutend geändert. Während aber alle Verbesserungen lediglich dem Unternehmertum zugute gekommen sind, hat sich die Lage der Ziegeleiarbeiter fortgesetzt verschlechtert. Eine Arbeitszeit von 13, 14, 15 bis 17 Stunden sind Regel. Sehr oft kommt es vor, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch Arbeiterinnen 24 bis 36 Stunden ununterbrochen arbeiten. Die degenerierenden Wirkungen einer derartigen ununterbrochenen Arbeitszeit machen sich ganz besonders bei dieser Kategorie von Arbeitern bemerkbar. Ganz ähnliche Wohnungsverhältnisse im Grunde mit den jammervollen Lohnverhältnissen tragen weiter dazu bei, die Lage dieser Arbeiter als mehr als traurig zu bezeichnen. Als Durchschnittslohn für einen Ziegeleiarbeiter sind für Deutschland 850,58 Mark festgestellt. Im weiteren Bereich der Referent das in Ziegeleiverbände herrschende Agentenwesen und die entwürdigende Art, wie die Ziegeleiarbeiter im Zepfischen sich auf förmlichen Märkten anbieten. Lohnprellereien seitens der Meister wie der Unternehmer sind bei der Minderzahl dieser Kategorie von Arbeitern an der Tagesordnung. Die Unfallstatistik zeigt von Jahr zu Jahr steigende Zahlen. Fast auf jeder Ziegelei in ganz Deutschland dürfte sich Verbandszeug zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen befinden. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Konferenz dazu beitragen möge, etwas mehr Sonnenschein in das elende Dasein der Ziegeleiarbeiter zu bringen.

Nach Verlesung einer Resolution und einer kurzen Begründung derselben durch den Referenten wurde in die Diskussion eingetreten. Valenta-Tilfit gibt ein anschauliches Bild der Mißstände der Ziegeleiarbeiter in Ostpreußen und bittet um Hilfe für jene Gegend.

Branthmeier-München schildert die Lohn- und Arbeitszeit der Ziegler in Bayern und gibt die Erfolge bekannt, die dort durch die Organisation erreicht sind.

Häuser-Gießen verlangt, daß die Fraktion der Sozialdemokratie im Reichstag darauf hinarbeiten müsse, durch gesetzgeberische Maßnahmen die größten Mißstände zu beseitigen. Daneben fordert Redner die unausgesetzte Förderung und Festigung der Organisation.

Latajch-Niedermünde schildert die enorme Ausbeutung der Ziegeleiarbeiter im Steinkirchener Gebiet, wo Mann und Frau unter den elenden Lohnverhältnissen dahinsiechen. Löhne von 20 Pf. die Stunde sind nichts Seltenes.

Geiger-Leipzig ist in einem modernen Ziegeleibetrieb beschäftigt, wo fast ausschließlich mit den neuesten Maschinen und Einrichtungen gearbeitet wird. Die Durchschnittslöhne betragen hier 28 bis 30 Mark. An sanitären Einrichtungen ist so gut wie nichts vorhanden. Viele Arbeiter bringen ihre Frauen mit in die Fabrik und lassen sie mit arbeiten.

Krumholz-Weimar bringt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegler in Thüringen bzw. Weimar zur Sprache. Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 14 Stunden, auch Sonntagsarbeit ist häufig. Der Lohn schwankt von 28 bis 34 Pf. die Stunde.

Schmidt-Zwickau verurteilt in schärfster Weise die dort herrschende Ausbeutung der Frauenarbeitskräfte und die Schäden des dort bestehenden Kantinenwesens. Nur eine gute Organisation könne hier Wandel schaffen.

Lhun-Schorndorf beleuchtet die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den württembergischen Ziegeleien. Bei denkbar elendester Kost wird ein Lohn von 11 Pf. die Stunde gezahlt. Einen festen Feierabend oder Pausen zum Einnehmen der Speisen gibt es nicht. Die Kinder werden unter Beihilfe der Pfaffen förmlich nach Art eines Viehmarktes an die Unternehmer verkauft. Diese Kinder müssen bis abends 9 Uhr arbeiten. In großen Dampfziegeleien wird 3 bis 4 Mark pro Tag gezahlt.

Chel-Neuenhagen bezieht sich gegenüber den Ausführungen des Vorredners als ein wahres Glied, obwohl auch er die ungemessene Arbeit, die er als Ofenarbeiter zu verrichten hat, als weit über das normale Maß hinausgehend bezeichnet. Beweiserlich sei, daß in den Betrieben in seiner Heimat der Fußverkauf getätigt ist.

Feierabend-Elbing: Bei einem Durchschnittslohn von 15,60 Mark wird bis zu 16 Stunden in der Elbinger und Marienburger Gegend gearbeitet. Die Organisationsbestrebungen werden durch das Fehlen geeigneter Lokale sehr gehindert.

App-Speyer: In der Rheingegend werden für Vollarbeiter 30, für jugendliche Arbeiter 20 Pf. pro Stunde gezahlt. Die Beschaffung der Affordarbeit, die nirgends mehr zu einer Mordarbeit geworden ist als in Ziegeleibetrieben wird allgemein angestrebt.

Vinner-Katowitz: In Oberschlesien werden Löhne von 20 bis 32 Pf. pro Stunde an erwachsene Arbeiter gezahlt. Mädchen

erhalten 9, 10 bis 12 Pf. Die Behandlung ist sehr verbesserungsbedürftig.

Stlich-Coswig: In Anhalt wird fast ausschließlich in Afford gearbeitet. Die Lohnverhältnisse sind hier etwas besser. Frauen- und Kinderarbeit gibt es hier nicht. Die Organisation hat gute Aussichten.

Schluß der Vormittagssitzung um 2 Uhr.

Die Nachmittagsitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Die Debatte über den 1. Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Wagner-Gildesheim wundert sich, daß von keiner Seite Vorschläge gemacht werden, wie dem Glend der Ziegler abgeholfen werden könnte. Redner wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß die Besprechung über die Mittel beim zweiten Punkt der Tagesordnung erfolgt. Es sprechen noch Krismannski-Bergedorf, Bauh-Dresden, Schübe-Plauenscher Grund, Lammer-Zehdenitz, der wünscht, daß die gesamte Arbeiterschaft aufgerufen werden möge, um mitzuwirken, das Zieglerelend aus der Welt zu schaffen. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch Koblitz-Bieb, Boh-Hennigsdorf, Achilles-Draunschwitz, Valenta-Tilfit, Kadau-Ammen-Dortmund, Häuser-Gießen, Latajch-Niedermünde und Wolter-Hannover. Sämtliche Redner klagen über die niedrigen Löhne, schlechte Schlafstätten und verschiedene andre Mißstände. Alle Redner wünschen sehr, daß die Konferenz dazu beitragen möge, eine Veränderung der Verhältnisse in den Ziegeleien herbeizuführen.

Der Vorsitzende Knoll stellt fest, daß die Diskussion eine so reichhaltige gewesen sei, daß wohl alle überaus zufrieden über das Glend, das zur Sprache gekommen ist. In seinem Schlußwort spricht Krumholz-Weimar seine Freude darüber aus, daß alle Redner nicht nur eine Verbesserung ihrer Lage wollen, sondern auch den im Zieglergewerbe noch grassierenden Alkoholismus bekämpfen wollen.

Die von Großmann eingebrachte Resolution wird hierauf einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die am 3. und 4. Juni 1906 im „Luisenpark“ zu Magdeburg tagende Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt:

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Ziegeleien sind im allgemeinen tieferliegend. Die Entlohnung ist eine ungenügende und steht in gar keinem Verhältnis zu der außerordentlich schweren Arbeit und der unvernünftig langen Arbeitszeit, die nicht selten bis zu 15, 16 Stunden täglich beträgt. Obgleich die Ziegler gewerbliche Arbeiter sind, müssen sie vielfach Arbeitsverträge abschließen, die an die Gefährdung erinnern und infolge deren die Arbeiter häufig um ihren wohlverdienten Lohn geprellt werden.

Die Wohnungsverhältnisse, sowie die sanitären Einrichtungen, namentlich für die sogenannten Wanderarbeiter, entsprechen nicht den an sie zu stellenden Anforderungen in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Zudem führt das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber zu Ueberverteilungen der Arbeiter, zu zahlreichen Verstößen gegen das Trückerbot, zu größerer Abhängigkeit und zur Schwärzung des Konstitutionsverfalls.

Um die wirtschaftliche Lage der Ziegler zu verbessern, sie anderen Industriearbeitern gleichzustellen und die größten Mißstände zu beseitigen, bezeichnet die Konferenz als erstrebenswertes Ziel zunächst:

1. Eine den wachsenden Bedürfnissen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen sowie der Arbeitsleistung entsprechende Aufbesserung der Löhne.
2. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden täglich.
3. Wöchentliche Lohnzahlung und Aufrechnung der Affordlöhne; eine höchstens 14 Tage betragende Kündigungsfrist.
4. Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber.
5. Verbesserung der sanitären Einrichtungen.
6. Größeren Schutz gegen Erkrankungen und Unfallgefahr.

Die Erreichung dieses Zieles in kürzester Frist muß Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft der Ziegeleiindustrie sein. Es ist daher notwendig, das Berufs- und Klasseninteresse in den Kreisen der Ziegler wahrzunehmen, damit auch dieser Arbeitergruppe eine menschenwürdige Existenz sowie die Teilnahme an der kulturellen Entwicklung gewährleistet wird.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zum zweiten Punkt.

Die Verbesserung der Lage der Ziegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen, referiert A. Krumholz-Weimar. Redner stellt zunächst fest, daß an der hohen geschätzten überaus traurigen Lage der Ziegler diese zunächst selbst die Schuld tragen. Die Organisation der Ziegler muß so stark werden, daß sie als anerkannte Mächtigin für die in Ziegeleien beschäftigten Personen angesehen wird. An der Hand der wenigen einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und einiger Bestimmungen des Bundesrats teilt Redner mit, was bisher zum Schutze der Ziegeleiarbeiter auf gesetzlichem Wege geschehen ist und was noch lange nicht als die Aufgabe einer Arbeitervereinsorganisation angesehen werden könnte. Gegenüber den vielen Ueberletzungen, die sich die Unternehmer gegen diese wenigen Bestimmungen zuzuschulden kommen lassen, müsse die Art, wie die Bestrafung ausgeübt würde, als sehr liberal bezeichnet

werden — einem kraushaarigen Fudel — sah ich, wie er zusammenfuhr und sehr erregt seine summe Untersuchung wieder begann.

Eine neue aufmerksamere Prüfung beruhigte ihn. Er jagte uns: „Ich habe große Angst gehabt. Dieser da ist ihm ähnlich, aber er ist es doch nicht.“

Endlich sagte er, als er beim letzten angelangt war, mit einem Seufzer der Erleichterung:

„Ihr seid wacker Leute, ich danke Euch. Glaub mir, der Gedanke, daß Bourriquet auf so eine Weise gestorben wäre, hätte mich in der Nacht nicht schlafen lassen. . . . Aber wenn jetzt ein Fudel kommt und dieser Hund Bourriquet ist, so wird man ihn nicht töten, da ich ihn im voraus reklamieren.“

Der Beamte versprach dies und fügte hinzu:

„Dieses Recht haben Sie, wenn Sie jeden Morgen herkommen wollen. Aber ich rate Ihnen, jetzt zu warten. Die Sonne geht eben unter und der Wagen mit der heutigen Beute muß bald einfahren.“

Er hatte recht: Der Wagen kam, angemeldet durch das Geräuschen einer ungeheuren Glocke, welche bei den Hunden hinter dem Gitter beim Vorüberfahren ein fürchterliches Wellen verursachte. Zwei mit Schlingen und Striden bewaffnete Männer folgten dem Wagen.

Sobald man vor dem Hundehaus angelangt war, ließ man das Brett zum Niederklappen herunter, welches den Wagen wie eine ungeheure Raufeselle erscheinen ließ. Aber die Gefangenen, die ihr Schicksal ahnten, wollten nicht aus demselben heraus.

„Bourriquet! Bist du da . . .“ sprach sanft der Blind. Ein Hund, heulend und toll vor Freude, stürzte hervor. „Ach, Bourriquet, ach! Der Dummkopf hat sich schließlich doch fangen lassen!“

Bourriquet streckte den Hals vor, damit man ihm die Leine befestige und legte die Hände seines Herrn.

Und während ich geheimnisvoll die Kopfen bezahlte, hörte ich den Blinden rufen:

„Kommt, Bourriquet, geh vor uns, immer ins Feld geradtaus. Kommt, Bourriquet, verlaß diese Stätte, wo die Menschen die Hunde aufhängen.“

werden. Außerordentlich mangelhaft ist auch die staatliche Gewerbeinspektion. Die meisten Uebelstände, die geschilbert wurden, könnten behoben werden durch eine starke Organisationskraft. Deshalb müssen die Ziegeleiarbeiter eine Macht zu werden versuchen, um nicht nur auf die Gesetzgebung, sondern auch auf die Verhältnisse selbst einzuwirken. Die Forderungen, die Redner als geeignet hält, an die Gesetzgebung zu stellen, gipfeln in einer von ihm eingebrachten und begründeten Resolution. Die schärfsten Worte findet der Referent über die unheilvollen Folgen der übermäßig langen Arbeitszeit für Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie über die unerhörten Zustände der Schlaf- und Lagerstätten auf den Ziegeleien.

In der Diskussion beschwert sich Chel-Neuenhagen über die Generalkommission, die für die Ziegeleiarbeiter nicht energisch genug eingetreten sei.

App-Speyer wünscht, daß für die polnischen und italienischen Arbeiter ein aufklärendes Flugblatt ausgearbeitet und unter jenen Arbeitern verbreitet wird.

Drunsel-Berlin glaubt nicht, daß das Verbot der Nachtarbeit speziell für die Brenner auf Ziegeleien generell durchgeführt werden kann. Redner nimmt die Generalkommission gegenüber den Vorwürfen Edels in Schutz.

Geiger-Leipzig wünscht, daß, wenn die Konferenz auseinandergeht, die Ziegler nicht mehr als Streikführer, sondern als legitime Angehörige der modernen Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Stlich-Coswig wünscht eine Erweiterung der Resolution nach der Richtung, daß die Frauenarbeit nicht nur eingeschränkt, sondern überhaupt verboten wird. Dem widerspricht Chel-Neuenhagen, der das Verbot der Frauenarbeit als zu weitgehend bezeichnet.

Das Verbot der alkoholischen Getränke betreffend, schlägt der Vorsitzende vor, daß hierzu eine eigene Resolution, die bereits vorliegt, zur Annahme gebracht werden möge.

App-Speyer verlangt, daß in den Kantinen nur Kaffee oder Thee verabfolgt werden darf.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch: Schübe-Plauenscher Grund, Hugdorf-Kathenow, Brandmeier-München, Krumholz-Weimar, Häuser-Gießen, Bauh-Dresden, Kadau-Dortmund, Latajch-Niedermünde und Lhun-Schorndorf. Hauptsächlich beschäftigten sich die Redner mit der Frage der Abschaffung resp. Beibehaltung der Frauenarbeit und der Kantinenfrage.

In seinem Schlußwort kommt Krumholz-Weimar auf die einzelnen in der Diskussion geäußerten Wünsche und Einwände zurück.

Die Resolution Krumholz wird hierauf in folgender Fassung angenommen:

Die Konferenz hält es für ein Gebot zwingender Notwendigkeit, daß auf dem Wege reichsweiter Maßnahmen den in Ziegeleien beschäftigten Personen ein ausreichender Schutz gesichert werde.

Gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeitenden werden, wenn überhaupt, nur dann in die Wege geleitet, wenn die Arbeiter die Gesetzgeber auf die Pflicht des Eingreifens in energischer Weise aufmerksam gemacht haben. Es ist daher unerlässlich, daß die in der Ziegeleiindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation vollziehen. Im Rahmen der Organisation, in der Presse, in Flugdrucken sind dann alle Mißstände einer offenen Kritik zu unterziehen, die sich auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, der Lohnfestsetzung und Lohnzahlung, der Arbeitszeit, der Unterkunftsverhältnisse und des Zwangsmeisterwesens bemerkbar machen.

Die Abstellung der Mißstände ist, soweit das durch Wirken der Organisation tunlich, durch diese zu erstreben.

- An gesetzgeberischen Maßnahmen fordert die Konferenz:
1. Die Einführung des 10stündigen Arbeitstages für alle erwachsenen Personen und Freigabe des Sonnabendnachmittags.
 2. Verbot und Bestrafung der Ueberarbeit mit Ausnahme der Arbeit an Brennöfen.
 3. Weibliche Personen dürfen 6 Wochen vor und nach der Entbindung auf Ziegeleien nicht beschäftigt werden.
 4. Allgemein gültige Vorschriften über Lage, Luftstrom und Beschaffenheit der Räume, welche auf Ziegeleien beschäftigten Personen als Wohnungen angewiesen werden, und über Errichtung wetterdichter, heizbarer Öfen und Ankleideräume.
 5. Die Unternehmer oder verantwortlichen Leiter sind verpflichtet, den auf Ziegeleien beschäftigten Personen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu halten.
 6. Für den Lohn der auf Ziegeleien beschäftigten Personen ist der Meister oder Wächter der Ziegelei haftbar.

Genso gelangt eine Resolution Knoll zur Annahme, worin sich die Konferenz für das Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke auf Ziegeleien ausspricht.

Schluß des ersten Verhandlungstages abends 7¼ Uhr.

Zweiter Tag.

Die Vormittagssitzung am 4. Juni wird um 11 Uhr vom Vorsitzenden Großmann eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Delegierten und Vertreter der Verbände. Das Referat über den 3. Punkt der Tagesordnung.

Die Organisation der Ziegler.

Knoll-Berlin. Redner gibt einen Überblick über die diversen Versuche, mit Unterstützung der Generalkommission eine Organisation der Ziegler ins Leben zu rufen. Die außerordentlich komplizierten Verhältnisse bei den Ziegeleiarbeitern und das bei den meisten mangelnde Klassenbewußtsein liegen bisher alle Versuche scheitern. Neben diesen Versuchen haben es die Verbände der Fabrik- und Landarbeiter und der Bau- und Erdarbeiter nicht daran fehlen lassen, die Interessen der Ziegeleiarbeiter auf das nachdrücklichste wahrzunehmen. Nach all den gemachten Erfahrungen glaubt Redner, daß eine Sonderorganisation nicht zum Ziele führen werde. Vielmehr sei der Anschluß an einen leistungsfähigen Verband nur zu empfehlen. Nur dann könne eine nachdrückliche Agitation entfaltet werden, deren Ziel die Gewinnung der noch 200 000 vorhandenen unorganisierten Ziegeleiarbeiter sein muß. Da die Mehrheit der organisierten Ziegeleiarbeiter, nämlich 4500, herrlich dem Verbande der Fabrikarbeiter angehört, empfiehlt Redner, daß die Delegierten den Anschluß an diesen Verband aussprechen möchten.

Sämtliche Diskussionsredner sprechen sich für Anschluß an den genannten Verband aus.

Der Vorsitzende des Verbandes der Bau- und Erdarbeiter, Hehen-Berlin, rechtfertigt in längerer Rede den von ihm seit Jahren vertretenen Standpunkt, weshalb sein Verband bisher so wenig für die Ziegeleiarbeiter tun konnte und weshalb es besser sei, wenn die Ziegler dem Verband der Fabrik- und Landarbeiter beitreten.

Der Vorsitzende des Verbandes der Köpfer, Drunsel-Berlin, beleuchtet zunächst die Verhältnisse, die zwischen den Ziegler und den Köpfern bestehen. Nach den von ihm früher gemachten Erfahrungen bei Vorkämpfen der Ziegeleiarbeiter hält er einen Anschluß an seinen Verband nicht für erstrebenswert. Auch dieser Redner warnt vor einer Zerstückelung und beschränkt die Angliederung der Ziegler an den Verband der Fabrik- und Landarbeiter.

App-Speyer, der Vorsitzende des Fabrikarbeiter-Verbandes, erläutert die Gesichtspunkte, unter denen die Aufnahme der Ziegler in seinen Verband erfolgen kann. Als selbständige autonome Sektion kann der Anschluß jedenfalls nicht stattfinden. Redner hofft, daß, wenn die Ziegler alle von ihm erörterten Gesichtspunkte befreizigen, es ihnen nicht leid werden wird, seinem Verbande beizutreten zu sein.

Schluß der Vormittagssitzung 2 Uhr.

Die Nachmittagsitzung wird um 3 Uhr eröffnet.

In seinem Schlußwort plädiert Knoll-Berlin für die Annahme einer von ihm verfaßten Resolution. Redner verspricht, daß die Generalkommission sich um die Organisation der Ziegeleiarbeiter weiter bemühen wird. (Rufe: Bravo!) — Hierauf wird die Resolution Knoll-Berlin einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter fordert den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Bau-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands auf, seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den beruflichen Verhältnissen der auf Ziegeleien beschäftigten Personen genau vertrauten Kollegen zu empfehlen.

Diesem ist wenn irgend möglich eine Kommission zu stellen, die aus auf Biegeleien beschäftigten Personen zu bilden ist. Der angeordnete Kollege hat gemeinsam mit der Kommission die Aufgabe:

- 1. Den Vorstand bei der Ausübung einer durch Wort und Schrift vorzunehmenden Agitation mit Rat und Tat zu unterstützen.
2. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Biegeleiarbeiter vorzunehmen.
3. Die Sammlung von allem zur Beurteilung der Lage der auf Biegeleien beschäftigten Personen geeigneten Material, als: Lohnkarte, Arbeitsordnungen, Haus- und Kontinenzordnungen, Registrierung der Preise von Nahrungs- und Genussmitteln, welche durch die Unternehmer oder deren Vertreter geliefert werden, und durch Affordanten und Zwischenmeister an Bieglern vollzogene Lohnprellereien.
4. Entgegennahme von Mitteilungen darüber, an welchen Orten und bei welchen Unternehmern die Wohn- und Unterkunftsräume der auf Biegeleien beschäftigten Personen sich in der Nähe der Brennösen oder über und neben Viehställen befinden, oder in denen eine Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern nicht erfolgt ist.
5. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen.

Zugleich beschließt die Konferenz, daß für die in Biegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Verband der Fabrik-, Bau-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen als die allein zuständige Organisation anerkannt wird. Damit ist die Konferenz am Schluß der Verhandlungen angelangt.

Im Namen der General-Kommission spricht Ruoff in Berlin seine Genehmigung über das über alles Erwarten günstige Ergebnis der Konferenz aus. Ein zähes Ringen und Streben nach einem besseren Dasein sei unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen. Redner verweist darauf, daß nur die sozialdemokratische Presse es gewesen ist, die seit Jahren die Interessen der Bieglar auf das nachdrücklichste vertreten hat. Wenn die Delegierten nunmehr alles Geschick wirksam zur Agitation verwenden, dann wird auch diese Konferenz reiche Früchte für die Biegeleiarbeiter tragen.

Mit der Aufforderung, die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, wird dieselbe nach einem dreimaligen Hoch auf die Einigkeit und die Organisation der Bieglar um 3 1/2 Uhr vom Genossen Großmann geschlossen.

Provinz und Umgegend. Die Stubenfliege.

Die „Medizinische Klinik“ bringt zwei Artikel von Ärzten, die über die Gefährlichkeit der Fliege durch Uebertragung von Krankheitskeimen auf den Menschen Aufschluß geben:

Ueber Verimpfung echter Menschenblatieren durch eine Fliege. In dem St. Anna-Kinderhospital in Wien fanden gelegentlich einer Blatierenerkrankung Blatierenfälle Aufnahme. Plötzlich erkrankte in einem gegenüberliegenden Zimmer, das durch eine breite Straße von dem Spital getrennt war, ein blühender, kräftiger Säugling im dritten Etage, noch nicht getauft, der hochfiebernd in seiner Wiege am offenen Fenster wie gewöhnlich lag. Dr. Veringer fand („Wien. med. Woch.“) im linken inneren Augenwinkel, der Tränenrinne entsprechend, eine sehr große, gut ausgebildete Menschenblatier, dem ein allgemeiner Ausbruch dieser Krankheit folgte, woran das Kind nach wenigen Tagen starb. — Den äußeren Umständen entsprechend kann kein Zweifel vorliegen, daß die Uebertragung durch eine Fliege geschehen ist, welche aus den geöffneten Fenstern der gegenüberliegenden Blatierabteilung in das bei der warmen Jahreszeit fast stets offene Fenster, wo das Kind lag, herübergeflogen war. Namentlich die Schleimhaut des inneren Augenwinkels ist ein Siebelsplatz für die Fliegen bei schlafenden Kindern. — Aus diesem Beispiel ergeben sich sowohl für die Leiter von Krankenhäusern, als auch für die Familien, die in der Nähe von solchen wohnen, Lehren, die wohl zu beachten sind.

Fliegen als Träger der Tuberkuloje. Eine Verimpfung von Dr. Koch, die sich auf Probachungen in dem Allgemeinen Hospital des Staates Massachussetts gründet, bestätigt den schon früher angeregten Verdacht, daß die allgegenwärtigen Fliegen im sehr erheblichem Umfang zur Uebertragung krankheitsregender Keime und insbesondere auch der Tuberkelbazillen mitwirken. Wenn ein Bazillus in den Körper einer Fliege hineingelangt, so verläßt er ihn nicht unverändert, sondern macht eine gewisse Vermehrung durch. Ein einziger Bazillus, wie ihn eine Fliege hinterläßt, kann 5000 Bazillen enthalten, und nach den Berechnungen von Dr. Koch bezeugen 30 angelegte Fliegen im Verlauf von drei Tagen zwischen sechs und zehn Millionen Tuberkelbazillen anzuhäufen. Die Gefahr ist also weniger in der Entleerung der Tuberkelbazillen in die Luft als in dem Abgange von Fliegenexcrementen auf Nahrungsmittel zu liegen. Daß eine Gefahr der Uebertragung auf diesem Wege tatsächlich besteht, haben beispielsweise die Erfahrungen bei dem Ausbruch von Typhus in den amerikanischen Heerlagern auf Cuba während des Krieges gegen die Spanier bewiesen. Daran ergibt sich die Lehre, daß gerade in den Sommermonaten, wo die Fliegenplage unvermeidlich einen hohen Grad erreicht, die Nahrungsmittel mit größter Sorgfalt vor dem Zutritt dieser Insekten geschützt werden müssen.

Sonnenfälle, wie die vorstehenden, bisher auch nur vereinzelt festgestellt werden, und mag die Gefahr der Krankheitsübertragung in Wirklichkeit nur gering sein, ist es doch angebracht, Nahrungsmittel vor der Beschmutzung durch Fliegen ganz besonders zu schützen. Das geschieht am besten, wenn in die Fensterrahmen während der Sommermonate Drahtgazegefäße eingesetzt werden, auch öfteres Durchlüften der Wohnung ist nötig, weil die Fliegen Zugluft nicht lieben.

Salbe, 3. Juni. (Eingemeindung.) Die nächste Gemeindevorstellung findet am Mittwoch den 6. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Landhause statt. Besonderes Interesse hat die Beratung über die Eingemeindungsfrage mit Magdeburg, die auf der Tagesordnung steht. Hoffentlich wird die Mehrheit der Vertretung dieser Frage heute sympathischer gegenüberstehen als vor einigen Jahren, damit ihre Lösung nun nicht mehr allzulange aufgeschoben wird.

Halberstadt, 4. Juni. (Eine Kohe) fondergleichen verübte am Sonnabend morgen auf dem Durchdriffoster der Arbeiter Heimrod. Er war mit seinem Arbeitskollegen in Streit geraten, in dessen Verlauf sich Heimrod eines schweren Stückes Holz bediente und damit auf seinen Gegner derartig einhieb, daß er ihm die Schädeldecke zertrümmerte und den Arm aus dem Gelenk schlug. Der Mißhandelte brach gleich nach dem ersten Schläge bewußtlos zusammen. Nach vollbrachter Tat ließ Heimrod den Schwerverletzten, welcher in seinem Blute schwamm, ruhig liegen. Andere Arbeiter fanden ihn und leisteten ihm die erste Hilfe. Anzeige ist erstattet.

Schönebeck, 5. Juni. (Ausperrung.) Hier sind in der Metallindustrie sämtliche Formen und Hilfsarbeiter, im ganzen 13, ausgesperrt, weil sie sich der Einführung der Affordarbeit widersetzen. Schon vor einigen Monaten sollte die Affordarbeit eingeführt werden. Die Arbeiter erklärten sich einmütig dagegen, worauf von der Betriebsleitung das Verlangen zurückgezogen wurde. Jetzt ist es nun anders geworden. Der Betriebsleiter ist fort, und in der Gießerei hat sich ein neuer Vorarbeiter „emporgearbeitet“. Neue Wesen lehnen bekanntlich gut, die Aufträge sind weniger zahlreich und so glaubte man die Zeit gekommen, die Affordarbeit einzuführen. Ohne daß man mit den Arbeitern Rücksprache genommen hätte, gab man eines Abends bekannt, daß am nächsten Tage die Affordarbeit beginnen sollte. Die Arbeiter sind aber der Meinung, daß derartige qualifizierte Arbeit, es werden fast ausschließlich Rotor- und Zylinder hergestellt, überhaupt nicht in Afford gemacht werden kann. Sie wollen nicht ausschließlich vom Glück oder von der Ungunst der Verhältnisse abhängen. Die Arbeit ist eine derartige, daß es nur wenigen nach langen Mühen gelingt sich einzuarbeiten, hat doch selbst der Vorarbeiter einen ganzen Tag zu einem Zylinder gebraucht, für den man 3 Mark bietet, um dann auch nur Zuschuß zu machen. — Vorher verfuhr der Vorarbeiter noch einen Trick, indem er den jüngeren Formern riet, die Affordarbeit anzunehmen, er, der Vorarbeiter, würde schon danach hinsehen, daß dieselben Geld verdienen, eventuell würde er gut schreiben, die alten Wähler und Heger, wie er sich ausdrückte, sollten entlassen werden. Die betreffenden Arbeiter lehnten aber eine derartige Zumutung einmütig ab. Die Folge war, daß man sie entließ wegen — Arbeitsmangels. Nun die Arbeiter können warten. Sie finden auch ohne „Metallindustrie“ Gelegenheit, ihre Arbeitskraft verwenden zu können.

Wernigerode, 5. Juni. (Ein Studentenstreik) mit schlimmen Folgen spielte sich am Freitag voriger Woche hier ab. Eine Schaar Kinder hatte sich um einen Studenten versammelt, der sich auf einem Hundewagen im Mühlental spazieren fahren ließ. Ein passierendes Fußwerk kam den Kindern so nahe, daß eins davon unter die Pferde geriet und so verletzt wurde, daß es vom Platze getragen werden mußte.

Vermischte Nachrichten.

* Merkwürdige Verlobungsbegebenheiten. Eine ausländische Zeitschrift brachte kürzlich einen Bericht über einige Verlobnisse, bei denen die Verlobten nicht wie üblich die Verlobungsringe tauschen, sondern auf ganz andre Weise den Herzensbund besiegelten. In Amerika scheint das Tawieren sehr an der Tagesordnung zu sein, und die Brautpaare leisten darin Außerordentliches. So hat ein überspannter Yankee seiner Angebeteten den Vorschlag gemacht, statt des einfachen goldenen Ringes ein solches zu tauschen, das alle gewöhnlichen Menschen iragen, sich eine Art Armband um den linken Arm einbrennen zu lassen. Die Braut war einverstanden, und so ließen sich die beiden von Künstlern in roze und maliblanen Schattierungen reizende Amorellen und flammende Herzen und in Medallionsform ebenfalls die verjüngerten Anfangsbuchstaben um den Arm tätowieren. Ein andres junges Paar begnügte sich damit, auf dem linken Handgelenk ein eingetragenes kleines Herz mit dem Namenszug des andern zu tragen. Dieses Herz entzog die Braut dem prosaischen Blick, indem sie es mit einem breiten, juwelengeschmückten Armbande bedeckte. Eine junge Spanierin, die sehr stolz auf ihre kleinen Füße ist, bestand darauf, an Stelle des Verlobungsringes einen jamaikanischen Goldreif um ihr linkes Fußgelenk zu tragen. Dieser Reif besaß ein ganz besonderes Schloß, das zu öffnen ein Geheimnis war, das nur der glückliche Bräutigam kannte. Ein bekannter Athlet mag während seiner Verlobungszeit einen kostbaren Gürtel, der mit Brillanten und emigen in Gold gefassten Edelsteinen seiner Liebsten verziert war. Den Verlobungsbund ein Herz aus einem Email mit dem Namenszug der Braut. Ein sehr romantischer Jüngling in England schlang sich eine lange, aus dem Haar seiner Braut geflochtene Kette vor sich die Kette um den Hals und warf das Ende, an dem ein goldenes Herz befestigt war, in der Dose. Eine Amerikanerin ließ sich für

die Dauer ihres Brautstandes einen strahlenden Diamanten zwischen die beiden vordersten Zähne einsetzen, daselbe tat ihr getreuer Liebhaber. Nach der Hochzeit wurden die kostbaren Steine wieder ausgebrochen und in die Tauringe eingefügt. Ein merkwürdiges Brautgeschenk machte ein berühmter Schaupfeiler seiner Braut, die durch einen Unfall den Nagel von dem vierten Finger ihrer linken Hand verloren hatte. Ein goldener Nagel mit den Anfangsbuchstaben von Geber und Trägerin wurde kunstgerecht auf dem entfalteten Fingerring angebracht und auch nicht mehr entfernt. In Oesterreich tragen bereits viele Brautpaare statt des Ringes festankliegende Anspaugen, die mittels eines zierlichen Schlüsselchens verschlossen werden. Natürlich behält der Bräutigam den Schlüssel zu dem Armband seiner Braut und diese den zu der goldenen Fessel ihres Verlobten stets bei sich.

* Von einer Künstlerin, die ein Mann ist. Vor drei Jahren ereignete es sich in Amsterdam, daß jemand ein kleines, kaum geborenes Knäblein ins Hospital trug und nach einiger Zeit dafür ein ebenso winziges, geheiltes Mädchen zurückerhielt. Die Geschichte von dem verwandelten Kind beschäftigte da ein „Schadenersatzanspruch“ eingeklagt wurde, heute noch die holländischen Gerichte. Heute erregt ein neuer Verwechslungsfall ganz Amsterdam, und vor allem die Künstlerkreise. Lebte da ganz ehrsam in Amsterdam Fräulein Free Jeltjema, ein Kind einfacher Friesen aus Mithuizen in der Provinz Groningen. Sie hatte hier die Reichszeichenschule besucht, entwickelte Talent, wurde Bildhauerin und gewann vor einigen Jahren sogar den Rom-Preis. Sie hatte ein gar nicht übles Mädchengehoß und vor allem schönes volles Haar. Allerdings war Fräulein Free mit ein paar recht gut entwickelten Füßen versehen und auch der Gang war ein wenig burchikos, um nicht zu sagen plump. Doch in Amsterdam fällt das nicht so sehr auf, denn eben jenes beträchtliche Fußmaß und die dazu gehörige Gangart sind nicht allzu selten bei den Frauen und Mädchen der holländischen Hauptstadt. Fräulein Free ging studienhalber nach Paris. Und dort wurde man feurig. Sie wurde verhaftet, untersucht, und siehe da: Fräulein Free war ein Mann! Ein Professor, der das „Mädchen“ ahnungslos jahrelang unterrichtet hatte, soll auf die Nachricht hin ohnmächtig geworden sein. Bei allen Künstlerkollegen herrschte tagelang Entrüstung über den Betrug. Aber nun ereignete sich das Merkwürdige: „Fräulein“ Free wußte selbst niemals, daß sie sich und die andern hinter das Licht führe. Bei ihrer Geburt ließ sie der Arzt als Mädchen in das Geburtsregister eintragen und als Mädchen wurde sie erzogen. Später quälten den jungen Mann düstere Vorstellungen, die zunahmen, je mehr er sich entwickelte. Nun, nach seiner endgültigen Mannwerdung, fühlt sich der 26jährige Künstler wie neu geboren. Er ist nach Italien gereist, im Vollgefühl neuen Glücks, im Vollgefühl ein neuer Mensch zu sein.

* 23 Menschen aufgefressen hat, wie Madrider Zeitungen behaupten, in Peru ein Mischling namens Pascual Quispe in Gemeinschaft mit seiner Frau im Verlaufe von zehn Jahren. Sie bewohnten im Dorfe Jocas im Departement Mahacaja eine Hütte, boten dort Reisenden ihre Gastfreundschaft an und ermordeten sie dann. Hier und da ging Quispe auch, mit einem Lasso und einem Beile versehen, auf einsamen Wegen auf die Jagd nach Menschenfleisch. Die Polizei, durch das geheimnisvolle Verschwinden von Leuten aufmerksam geworden, hat nun diesem „Vohll“ ein Ende gemacht. Eine Hausdurchsuchung bei Quispe führte zur Entdeckung eines ziemlichen Quantums von gepökeltem und geräucherem Menschenfleisch. Das Ehepaar wurde ins Gefängnis gesteckt; in den ersten Tagen wollte es keine Speisen zu sich nehmen und erhärtete, alles, was nicht Menschenfleisch sei, esse es an.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Laun, Budweis, Prag, Straußfurt, Weißenfels Unt., Trotha, Alstedden, Bernburg, Calbe Oberpegel, Calbe Unterpegel, Pardubitz, Brandeis, Melnik, Leitmeritz, Müllitz, Dresden, Torgau, Wittenberg, Rößlau, Bartsch, Schönebeck, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Broda-Dömitz, Lauenburg) and water levels for June 2nd and 3rd.

Am Sonntag den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr, einhundert fünfzig nach langen, aber immer noch bedauerlichen unglücklichen Mitter, Schwieger, Grop und Ungewandter. Louise Horn geb. Winterberg, geb. Winterberg, 62 Jahre alt, am 2. Juni 1904, von der Hand der Ehefrau Louise Horn.

Standesamt. Nachbarschaft, 2. Juni. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin.

Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni.

Standesamt. Nachbarschaft, 2. Juni. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin.

Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni.

Standesamt. Nachbarschaft, 2. Juni. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin.

Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni.

Standesamt. Nachbarschaft, 2. Juni. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin.

Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni.

Standesamt. Nachbarschaft, 2. Juni. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin.

Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni. Geburten: Fritz, 5 des Jahres Friedrich, 2. Juni.

Standesamt. Nachbarschaft, 2. Juni. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin. Aufgebote: Walter Hermann, 23 Jahre alt, mit Hedwig, 21 Jahre alt, in Bismarckstr. 10, Berlin.